

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 1.30 M.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
für die ersten 10 Zeilen 60 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 22. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Viermaliger russischer Ansturm gescheitert.

Artilleriekampf an der Somme — Vergebliche Russenstürme an der Goldenen Bistritz — Nachhutstellungen in der Dobrußja genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. Dezember 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Arras wurden englische Abteilungen, die in unseren vordersten Graben nach starkem Feuer eingedrungen waren, durch Gegenstoß hinausgeworfen.

Auf beiden Somme-Üfern begünstigte klare Sicht die Kampftätigkeit der Artillerie, die in einzelnen Abschnitten sich zu großer Festigkeit steigerte.

Westlich von Villers-Carbonnel brachen Garde-Grenadiere und ostpreussische Musketeiere in die durch Wirkungsfener stark zerstörte feindliche Stellung und kehrten nach Sprengung einiger Unterstände mit 4 Offizieren und 26 Mann als Gefangenen, sowie einem Maschinengewehr befehlsgemäß in die eigenen Linien zurück.

In zahlreichen Luftkämpfen und durch unser Abwehrfeuer büßte der Feind im Sommegebiet 6 Flugzeuge ein.

Seeresgruppe Kronprinz.

Bei zumeist geringem Artilleriefener keine Infanterietätigkeit größeren Umfangs; an der Aisne-Front wurden mehrere französische Patrouillen zurückgewiesen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Düanaburg und Karocz-See nahm zeitweilig der Geschützkampf bedeutend zu. Angriffe russischer Abteilungen nordöstlich von Goduzischki und nördlich des Dryswjatj-Sees scheiterten verlustreich.

Am Stochod, nördlich von Helenin, versuchte der Russe vergeblich deutscher Landwehr Boden zu entreißen, der vor wenigen Tagen in die eigene Stellung einbezogen worden war.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Viermaliger russischer Ansturm bei Westcanedei auf dem Ostufer der Goldenen Bistritz brach an der Wider-

standskraft österreich-ungarischer Bataillone zusammen. Weiter südlich wurde der Gegner aus einigen Postenstellungen zurückgetrieben.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenjen.

In der Großen Walachei verstärkte sich das Artilleriefener am Gebirge.

Die Dobrußja-Armee warf den Feind aus einigen Nachhutstellungen.

Mazedonische Front.

Deutsche Jäger hielten die vielumkämpften Höhen östlich von Paralovo im Cerna-Bogen gegen starke russische Angriffe.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 21. Dezember. (W. L. B.)

Außer Artilleriefener in einzelnen Abschnitten auf keiner Front größere Kampfhandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Dezember 1916. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenjen.

Im Gebirge der Großen Walachei erhöhte Artillerietätigkeit. Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Auch gestern versuchten die Russen sich des Tunnel-Stützpunktes bei Westcanesti zu bemächtigen. Fünf von starkem Artilleriefener begleitete Anstürme scheiterten an der zähen Ausdauer des tapferen I. I. Landsturm-Gendarmerieregiments bei vortrefflicher Mitwirkung unserer Artillerie.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei den I. und I. Truppen verlief der Tag ruhig. Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Vorstöß deutscher Seestreitkräfte.

Berlin, 21. Dezember. Amtlich. Fländrische Seestreitkräfte brachten in der Nacht vom 19. zum 20. Dezember gelegentlich eines Streifzuges in den Hoopden den holländischen Dampfer Otis-Tetraz, von Rotterdam nach England unterwegs, nach Zeebrügge ein. Da die Prüfung der Ladung ergab, daß der Dampfer keine Bannware führte, wurde er mittags wieder freigegeben und setzte seine Reise fort.

Zwei Absolute.

Briand und Lloyd George.

Herr Briand hat in seinem Streben nach der Diktatur eine neue Schlappe erlitten, die sein Ministerdasein ernstlich gefährdet.

Der Kammerauschuß, der mit der Prüfung der Vorlage beauftragt ist, die der Regierung das Recht geben soll, auf dem Verordnungswege gewisse Maßnahmen zu treffen, beschloß, es sei bis auf weiteres nicht erforderlich, die Regierung zu hören. Er lehnte mit 24 gegen 2 Stimmen den Grundgedanken der Vorlage ab, der dahin zielt, das Parlament seiner konstitutionellen Befugnisse zu entkleiden.

Der Senat hielt am 20. eine zweite fünfstündige Geheim-sitzung ab.

Was aus der Diktaturvorlage — und aus Briand selbst wird, ist sehr unsicher. Ueber ein Uebermaß von Freiheit hat man sich aber auch jetzt schon in der Republik nicht zu beklagen. Das hat erst kürzlich u. a. auch der französische Mechanikerverband bestätigt, indem er in seiner Generalversammlung eine Resolution annahm, in der es heißt:

Die Versammlung protestiert aufs neue gegen das Regime der Zensur, die uns verbietet, auf unrichtige Darstellungen der Arbeitsverhältnisse in den Kriegswerkstätten zu erwidern, Behauptungen, deren Quelle im Unternehmertum und im Unterstaatssekretariat für das Munitionswesen zu finden ist.

Das Briand antreibt, besitz Lloyd George in reichstem Maße. Wenigstens, wenn man der englischen Wochenschrift „Truth“ glauben will, die in ihrer Nummer vom 13. Dezember schreibt:

„Seit der Schlacht bei Hastings (Eroberung Englands durch die Normannen i. J. 1066) hat das Regierungssystem dieses Landes keine solche Veränderung im Laufe von zwei oder drei Tagen erfahren. Das vor dem Parlament verantwortliche Ministerium ist eine Junta (Revolutionärsregierung nach spanischem Muster) von fünf Leuten. Der Ministerpräsident wird ins Parlament nur dann gehen, wenn es ihm paßt und Vergnügen macht.“

Derart ist die Lehre der Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament mit einem einzigen kräftigen Strich zu wenig mehr als einer konstitutionellen Fiktion eingeschränkt worden. Das Haus der Gemeinen hat nur mit drei verantwortlichen Ministern zu tun und nicht mit dem Ministerpräsidenten, sofern er nicht die Gerechtigkeit hat, in eigener Person zu erscheinen und für sich selbst und sein Kabinett zu antworten. Unter diesen Umständen ist jede Kontrolle des Unterhauses über die Verwaltung unmöglich. Zwischen dem Staatssekretariat, das nur die Befehle des Kabinetts ausführt, und dem Kabinett, das Befehle erteilt, aber nichts selbst tut, wird es, wenn das Haus seine Autorität auszuüben wünscht, in der Praxis unmöglich sein, zu entdecken, wo wirklich die Verantwortung steht.“

Wir sagen nicht: „Herr, wir danken dir, daß wir nicht sind wie jene!“ Aber wir fragen: Darf man den Herren glauben, wenn sie sich über Despotismus anderswo ent-rüsten?

Der Verkauf der westindischen Inseln endgültig beschlossen.

Kopenhagen, 21. Dezember. Der Reichstag hat die Vorlage betreffend den Verkauf der westindischen Inseln nunmehr endgültig angenommen. Im Folkething stimmten 90 Abgeordnete dafür, 16 dagegen, im Landsting 40 dafür, 19 dagegen. In beiden Häusern stimmten die Konservativen gegen den Vorschlag.

Der Widerstand der Konservativen und der sogenannten Bauernlinken unter Führung Christensens gegen den Inselverkauf hatte bekanntlich zu einer heftigen innerpolitischen Krise in Dänemark geführt. Ihre Folge war die Bildung eines Koalitionsministeriums, in das auch Genosse Stauning eintrat und die Entscheidung der Frage durch Volksabstimmung. Die Volksabstimmung ergab, wie wir seinerzeit mitteilten, 289 694 Stimmen für und 157 688 Stimmen gegen den Verkauf.

Sozialdemokratie und Regierung.

Vor Jahr und Tag sah einmal im Lesesaal des Reichstags ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Gespräch mit einem hohen Regierungsbeamten. Da öffnete sich die Tür, und es erschien — Herr v. Heydebrand. Das Gesicht des hohen Beamten überflog eine leichte Röte, hastig nahm er eine vor ihm liegende Zeitung und tat, als ob er lese. Der Sozialdemokrat entfernte sich ohne Abschied und nicht mit dem Gefühl, eine Szene menschlicher Größe erlebt zu haben.

Das war die gute alte Zeit, von der mancher wünscht, daß sie wiederkehren möge. Und mancher kann es noch immer nicht verschmerzen, daß die Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Regierung nicht mehr unter der Kontrolle des Herrn v. Heydebrand stehen. Mancher Regierungsbeamter glaubt vielleicht auch heute noch, sich zu kompromittieren, wenn er kein Zeitungsblatt bei der Hand hat, mit dessen Hilfe er die Klust der Weltanschauung markieren kann.

Die schwere Kriegszeit ist freilich zu solchen beschämenden Kinderreien wenig geeignet. Vorgestern hat Lloyd George im Unterhaus gesagt, ohne die weiteste Unterstützung der Arbeitererschaft sei ein Sieg unmöglich, und bei einer früheren Gelegenheit hat derselbe Redner ausgesprochen, daß die deutschen Siege nicht von der „preussischen Militärfaste“, sondern von den deutschen organisierten Arbeitern erkämpft sind. Die deutsche Regierung kann nun diesen Arbeitern unmöglich sagen: „Ihr dürft zwar an der Front unsere Schlachten gewinnen, aber ihr dürft uns nicht Unter den Linden grüßen“.

Reste dieser Denkart sind aber noch immer erhalten geblieben, und auf sie spekuliert jener Teil der Presse, der die Regierung fortwährend bezichtigt, daß sie sich von der Sozialdemokratie beeinflussen lasse, der jeden Tag schreit, die Regierung müsse sich gegen dies und das erklären, was im „Vorwärts“ gestanden hat, der immer aufgeregt und drohend verlangt, der Reichskanzler solle von der Sozialdemokratie abtreten.

Das gilt natürlich ganz besonders von den Fragen der Kriegs- und Friedenspolitik. Hier wird in geradezu denunziatorischer Absicht auf gewisse Uebereinstimmungen in den Richtlinien der Regierung und der Sozialdemokratie hingewiesen, und die Haltung der Regierung wird bekämpft nicht mit sachlicher Beweisführung, sondern mit der Betonung der gegebenen Parallelen als etwas Sozialdemokratisches oder sozialdemokratischer Herkunft Verdächtiges. Die ganz Schläuen aber schreiben, die Sozialdemokratie behaupte, daß die Regierung in der Frage der Kriegsziele auf ihrer Seite stünde, das sei natürlich nicht wahr, aber um den falschen Schein zu vermeiden, müsse die Regierung nun schleunigst eine Erklärung erlassen, um die Aufgeregtheit aller loyalen Gemüter zu beruhigen.

Neden wir deutlich: Die Sozialdemokratie hat — schon gar in dieser Zeit! — den Wunsch, nicht bloß zu agitieren, sondern praktisch zu wirken, und das kann sie nur, indem sie auf die Regierung einwirkt. Ja, wir wünschen, daß die Regierung die Politik treibe, von der wir glauben, daß sie für unser Volk die nützlichste ist, und das ist nun einmal die sozialdemokratische Politik. Und darum werden wir immer jede Annäherung an diese Politik im einzelnen loben und billigen und jede Entfernung von ihr tadeln und bekämpfen, eben deshalb weil wir diese Politik für die richtige halten.

Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie — nicht nach dem sozialdemokratischen Parteiprogramm — aber ohne Ansehen der Partei nach dem besten Wissen und Gewissen handelt. Findet sie, daß etwas, was die Sozialdemokratie vorschlägt, im Interesse des Landes liegt, so ist sie verpflichtet, der Anregung Folge zu geben. Sie darf sich nicht der Feigheit schuldig machen, etwas nicht zu tun, weil es — obgleich richtig und nützlich — doch sozialdemokratisch ist. Und sie sollte sich im Interesse ihrer eigenen Würde mit der größten Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, die ihr eine solche Erbärmlichkeit zumuten.

Wird nun auf der einen Seite an die Regierung das törichte Ansinnen gestellt, sie solle alles, was von der Sozialdemokratie kommt, für schlecht erklären, so fordert man auf der anderen Seite von der Sozialdemokratie, sie solle gegenüber der Regierung ebenso verfahren. Leute, die das verlangen, verwechseln den Begriff der Sozialdemokratie mit dem der „faktischen Opposition“. Die „faktische Opposition“ sieht ihre Aufgabe darin, alles, was von der Regierung kommt, unbescholen herunterzureißen. Sagt die Regierung „Weiß!“, so sagt die faktische Opposition „Schwarz“. Sagt aber die Regierung „Schwarz“, so sagt die faktische Opposition: „Es ist eine Schmach und eine Schande, was die Regierung da sagt! Weiß! Weiß muß es heißen!“

Auf diese Weise kommt man dann dazu, die Regierung auch dann anzugreifen, wenn sie das tut, was man selber von ihr verlangt hat. Man kommt dann z. B. dazu, den 12. Dezember 1916 als einen „schwarzen Tag“ in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu bezeichnen. Denn das, was die Regierung tut, ist ja immer das Verkehrte, auch wenn es dasselbe ist, was man am Tage zuvor als das Richtige gepriesen hat.

Von solcher Torheit hält sich die sozialdemokratische Partei frei. Sie läßt sich das Geseh ihres Handelns nicht von der Regierung vorschreiben; sie läßt sich weder befehlen, daß sie alles, was von oben kommt, loben soll, noch, daß sie es unbedingt und unter allen Umständen tadeln muß.

Ihr Verhältnis zur Regierung wird auf diese Weise ein sachlich-objektives, kein Verhältnis persönlicher Anhänger- oder persönlicher Gegnerenschaft. Ist die Möglichkeit gegeben, die bestehende Regierung durch eine andere zu ersetzen, die sie für besser hält, so wird sich die Sozialdemokratie keinen Augenblick befinden, von ihr Gebrauch zu machen.

In der letzten Zeit ist in der liberalen Presse viel von einer Parlamentarisierung der Regierung die Rede gewesen. Wir halten von diesem Gerücht nicht viel, sondern glauben, daß die Zeit für eine parlamentarische Regierung in Deutschland erst kommen wird, wenn die Sozialdemokratie die Macht haben wird, sie zu bilden. Aber schon heute steht die Sache so, daß man eine parlamentarische Regierung gegen die Sozialdemokratie nicht bilden kann, eine solche Regierung hätte in der gegenwärtigen Zeit schlechtere Aussichten als eine Beamtenregierung.

Der althergebrachte Zustand in Deutschland ist eine Beamtenregierung, die sich auf die Rechte stützt, auch wenn sich diese in der Minderheit befindet. Der Krieg hat mit diesem Zustand aufgeräumt, und heute haben wir eine Beamtenregierung, die sich mit allen Parteien zu verhalten sucht, weil sie genau weiß, daß allein mit dem Grafen Bismarck im Bunde kein Weltkrieg zu gewinnen ist. Der Versuch, auf diesem Gebiete den sonst so unbeliebten Zustand von vorher wieder herzustellen, liegt so offensichtlich nicht im Interesse des Landes, daß man schon seine ganze Menschenfreundlichkeit zusammenkratzen muß, um denen, die ihn unternehmen, wenigstens den guten Glauben zuzubilligen.

Die holländische Wahlrechtsreform angenommen.

Haag, 21. Dezember. Die Zweite Kammer hat die Wahlrechts- und Unterrichtsreformvorlagen angenommen. — Der Führer der sozialdemokratischen Partei Troelstra wies auf die große Verantwortung hin, die die auswärtige Politik der Regierung aufbürden könnte, und schlug zum Zweck zeitweiliger oder dauernder Vertagung über diesen Gegenstand die Bildung einer Kommission oder die Erweiterung der Regierung durch Aufnahme von Vertretern der verschiedenen Parteien vor.

Das neue Wahlgesetz bedeutet eine nicht unerhebliche Erweiterung der Volksrechte; namentlich führt es das gleiche Wahlrecht in ganz Holland ein, während bisher ein Genus bestand. Das Frauenwahlrecht, für das eine starke Meinung bestand, konnte dagegen nicht durchgeführt werden. Allerdings wurden die Bestimmungen der Verfassung beseitigt, die der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen ausdrücklich im Wege stehen, aber die Verleihung selber behielt man sich für später vor. — Die Unterrichtsreform trägt einen vorwiegend rückschrittlichen Charakter, indem sie die privaten konfessionellen Schulen den Staatsschulen gleichstellt. Doch sieht man in der Verloppelung dieses Gesetzes mit der Wahlrechtsreform die einzige Möglichkeit, um die Erste Kammer zur Annahme dieser zu bewegen, weshalb auch die holländische sozialdemokratische Fraktion das Kompromiß unterstützt.

Schwache Hoffnungen.

Die von der neutralen Presse an die Rede Lloyd Georges geknüpften Kommentare lauten wenig hoffnungsvoll. Sieht man von einzelnen Stimmen ab, die sich mit Gewalt zum Optimismus zwingen, wie der Anti-Dorlog-Raad, so bleibt der allgemeine Eindruck, daß sich die Friedensaussichten durch das Austreten des englischen Premierministers wesentlich verschlechtert haben.

Dennoch will die neutrale Presse die letzte Hoffnung auf Verständigung noch nicht ganz aufgeben. Sie klammert sich an jene Worte, die wir gestern als eine diplomatische Hintertür in der Rede Lloyd Georges kennzeichneten. So ist es verständlich, wenn z. B. von holländischen Blättern der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärt, daß immer noch „ein kleiner Funke von Hoffnung“ bleibe, und der „Maasbode“ sich so ausdrückt, daß die Tür nicht ohne weiteres zugeworfen sei, sondern immer noch eine Spalte offen bleibe. Neulich urteilen Schweizer Blätter. Der „Basler Anzeiger“ nennt die Rede „eine zwar verfallene, aber im Grunde doch zweifelhafte Ablehnung des Friedensangebots der Zentralmächte“, will aber doch noch nicht die Hoffnung ganz aufgeben, weil Lloyd George die Stimmung im Unterhause nicht günstig sei. (?) Nach einer Meldung der „Times“ aus New York soll man auch in den amtlichen Kreisen in Washington der Ueberzeugung sein, daß der Weg zu Unterhandlungen nicht ganz versperrt sei; dennoch glaube man dort, daß der Frieden noch in weiter Entfernung liege, und daß Wilson richtig gehandelt habe, als er eine vorzeitige Vermittlung zurückwies.

Eine sehr überraschende Stimme kommt aus England selber. Die „Westminster Gazette“, das offizielle liberale Organ, das der demissionierten Regierung Asquith sehr nahe stand, schreibt nämlich:

Der Feind soll die Antwort Lloyd Georges nicht als eine kategorische Weigerung, über das Friedensangebot zu verhandeln, betrachten, sondern als eine verständliche Antwort auf den Vorschlag, den Deutschland und gemacht hat. Jetzt ist es an Deutschland, das die Initiative ergriffen hat, Vorschläge zu machen.

Nun gehört allerdings, wenn man den Wortlaut der Rede vor Augen hat, ein gut Stück Umdenkungsphantasie dazu, um in ihr eine „verständliche Antwort“ zu sehen. Aber die Deutung der „Westminster Gazette“ dürfte auch weniger ein Ausfluß logischer Interpretation als vielmehr politischer Willens sein. Die durch Lloyd George von der Regierung abgedrängte gemäßigtere Partei ist anscheinend mit der Schöffheit seines Auftretens unzufrieden und will durch verständliche Auslegung seiner unverständlichen Worte den von ihm verschütteten Weg zu Verhandlungen mit Gewalt freihalten. Insofern scheint uns in der Neuerung der „Westminster Gazette“ ein Stück tatsächliche Opposition zu liegen.

Bittere Gedanken.

Stockholm, 21. Dezember. Zu den Antworten von Lord George und Briand auf das Friedensangebot der Mittelmächte schreibt „Stockholms Dagblad“: Daß die Regierungen der Mittelmächte wirklich den Frieden wünschen, erscheint den Augenstehenden als wahrscheinlich; daß alle die unter dem Kriege un-

schuldig Leidenden, Augenstehenden — um von den unmittelbar durch den Krieg heimgeführten Völkern gar nicht zu sprechen — jetzt von wachsender Sehnsucht nach Frieden ergriffen werden, ist sicher. Unter solchen Umständen wird man ringsum in der Welt in weiten Kreisen bittere Gedanken über die Hege, die jetzt kategorisch jede ernstere Prüfung der Möglichkeit von Friedensverhandlungen abschlagen, da doch ein Angebot hierzu vorlag. Die Weihnachtsbotschaft der verbündeten Regierungen an die sich nach Frieden sehnenen Völker gehört zu den Worten, die man im Gedächtnis behalten wird. Solche Worte werden nicht vergehen.

Eine neutrale Mahnung zum Frieden.

Der Niederländische Anti-Dorlog-Raad (Kriegsgegner-Bund, d. h. Friedensgesellschaft) hat folgende, sehr hoffnungsfreudige Resolution den kriegführenden Regierungen beider Parteien telegraphisch zustellen lassen:

Gravenhage, den 21. Dezember 1918.

Unter dem Eindruck des gegenwärtigen Augenblicks, der entscheiden wird, ob jetzt der Friede wiederkehren oder der Krieg von neuem auf viele Jahre hinaus mit wachsender Erbitterung geführt werden soll, vereint sich der Niederländische Anti-Dorlog-Raad mit unzähligen Stimmen in den neutralen Ländern, welche die kriegführenden Regierungen und Völker flehentlich bitten, die Gelegenheit zu Friedensverhandlungen nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. Mit Freude hat der Anti-Dorlog-Raad festgestellt, daß eine bestimmte Weigerung (Ablehnung) dem Friedensangebot der Zentralmächte nicht entgegengebracht worden ist. Nützlich wurde von der englischen Regierung hervorgehoben, daß jede Regierung, die ohne genügende Gründe dieses Blutbad andauern lassen würde, entsetzliche Schuld auf sich lädt. Ob der Friede, den alle Völker schnellst erwarten, schon jetzt zu erzielen sein wird, hängt ab von den Bedingungen, unter denen die Parteien bereit sind, ihn zu akzeptieren. Nachdem alle sich zum Ziel gesetzt haben, sich selbst und die übrige Welt gegen künftige Kriege zu schützen, ist eine Uebereinstimmung (Verständigung) nicht ausgeschlossen, haben doch die führenden Staatsmänner Englands, Frankreichs und auch Deutschlands sich wiederholt bereit erklärt, einem internationalen Friedensbunde beizutreten. Dadurch würden Garantien geschaffen werden, daß in Zukunft das Recht statt der Macht das internationale Leben beherrschen wird und Europa vom Militarismus befreit. Der richtige Augenblick für einen Frieden, der diese Garantien schafft und keinem Volke unrecht tut, kann jetzt herankommen. In der Ueberzeugung, daß wir einer heißen Hoffnung des niederländischen Volkes Ausdruck verleihen, beschwören wir flehentlich die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder, wenigstens dahin zu wirken, daß ein erster Versuch gemacht wird, herauszufinden, ob nicht jetzt schon eine Verständigung erreichbar ist, die zu einem gerechten und dauernden Frieden im freien Europa führen würde.

Im Namen des Vorstandes
des Niederländischen Anti-Dorlog-Raad:
Dresselhuys, Vorsitzender.
Dr. Kueijgers, Bürgermeister.
Dr. De Jong van Beek en Donk, Sekretär.

Ein Tag in Bukarest.

(Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.)

Bukarest, 9. Dezember.
Um 2 Uhr nachts fuhr ich in Bukarest ein. An der Juckerfabrik Chitila vorüber, wo der letzte Kampf stattgefunden hatte. Rumänische Kriegerleichen lagen dort zu Hauf magisch beleuchtet von der mächtigen Flammensäule des Riesenbrandes der Eisenbahnwerkstätten. Neben den erstarrten Leichen blutige Fegen, Schmutz und Lumpen, im fernen Hintergrund die Feuersbrunst, darüber das stidige Gewölbe einer Kohlschwärze mit bouchigen Astringeln gesäumten Rauchschleier — ein konzentriertes Bild der dämonischen Fortschrittskraft des Krieges. Unmittelbar vor das Tor einer Großstadt pflanzt sich dieses geisterliche Schreckbild; diese Großstadt scheint aber davon gar keine Notiz zu nehmen und schlummert friedlich, wie in den seligen Zeiten, da der Krieg für sie nur ein von weitem genossenes Sensationschauspiel und ein Kerwenkittel war. Sie reißt sich dann am Morgen den Schlaf aus den Augen und steht sich auf den Straßen die vielen ungebetenen Gäste an, denen sie jetzt Unterkunft zu gewähren hat. Mit den Deutschen, insbesondere mit den Bayern, verträgt sie sich schon sehr gut. Sie erfreuen sich unterhoblerer Sympathien, die sich auch auf die in städtischer Zahl anwesenden österreichisch-ungarischen Soldaten überträgt. Die Jurisdiktion gegenüber Bulgaren und Türken wird überwunden durch die Neugier. Vulgarische Marschkolonnen ziehen schon am frühen Morgen singend und kräftig aufstampfend durch die Hauptstraßen. Nachmittags gab es mitten auf der Strada Victoriei eine bulgarische Parade-demonstration, die trotz des strömenden Regens und pfeifenden Windes großen Zulauf hatte. Eine bulgarische Ehrenkompagnie formierte sich in entwickelter Linie und leistete dem deutschen General, der sie befehligte, in stürmischer Weise unter Musik und lautem Hurrageschrei ihre Ehrenbezeugung. Noch mehr Anziehung bieten der Schaustellung die Durchzüge der Türken, bei denen sich das Bild durchaus modernen Feldmilitärs mit orientalischen Zügen seltsam durchmischt. Die merkwürdige Marschmusik, die klingenden Schellen, die Paukieren, die härtigen Gesichter der Reiter, die bunten Tepiche, die auf den Trainkarren liegen — das alles gibt einen Eindruck von alter Janitscharen-Ueberlieferung, der des Weilsfalls der neugierigen Gaffer sicher ist. Bei sich mögen sie wohl denken: das haben wir notwendig gehabt, daß wir jetzt sogar die Türken in Bukarest begrüßen müssen.

Die rumänische Regierung hat die Stadt unmittelbar vor der Schlacht am Argesul verlassen, die königliche Familie schon sehr lange vorher. Der Regierung folgten die Beamten, die Politiker und die Zeitungen. Ein Teil der Behörden war schon vor einigen Wochen, als sich die Bedrohung von Predeal her fühlbar machte, weggezogen. Die Schlacht am Argesul war kein Rückzugskamp, sondern General Berzeanu hatte den ersten Willen, Bukarest zu halten. Dennoch wurde die Bevölkerung auf die Räumung vorbereitet. Es sind etwas über 20 000 Menschen weggezogen, dagegen weilen etwa 60 000 Zugzuger und Fremde in der Stadt, die nun ungefähr 350 000 Einwohner zählt. Die rumänische Regierung ließ den General Rustage als Polizeipräsidenten zurück, auch der Bürgermeister Emil Petrescu ist im Amte geblieben. Die deutsche Kommandantur hat die Wirkungskreise dieser Behörden in keiner Weise beschränkt. Sie hat ihnen bloß nahegelegt, alle wegen Kriegsverbrechen in Untersuchung befindlichen oder verurteilten Ausländer sofort auf freien Fuß zu setzen. Das ist geschehen. Dagegen sind die bloß internierten Deutschen und Oesterreicher — etwa 50 000 — schon vorher in die Moldau gebracht worden. Auch die wegen ihres politischen Verhaltens internierten Rumänen, darunter ein halbes Duzend Sozialdemokraten, wurden in Freiheit gesetzt. Ralowski ist nicht darunter. Denn er ist in der Moldau interniert.

Der Vormarsch in der Dobrudscha.

Sofia, 20. Dezember. Amtlicher Heeresbericht.
Südlich vom Odrisdofer gewonnen unsere und österreichisch-ungarische Einheiten Gelände. Am Vitolia Ruhe. Im Cernabogen lebhafteres feindliches Artilleriefeuer. Desfisch von der Cerna bis zur Struma schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer. An der Struma Artillerietätigkeit und Patrouillenunternehmungen. Der Versuch einer feindlichen Infanteriegruppe, zusammen mit Kavallerie gegen Tschifit und Tschifit bei südlich von Serres vorzurücken, scheiterte.
Rumänische Front. In der Dobrudscha baueri der Vormarsch an. Der Feind leistet auf der Linie Babadag-See-Denis Tepe-Alibitidj-Dangearka-Turfoia Widerstand. Unsere Kavallerie warf die dritte Kosaken-Kavallerie-Division, die am 17. Dezember in der Dobrudscha angekommen war, zurück. Die Kosakendivision erlitt große Verluste. Man fand unter den getöteten Russen den Obersten Jobdoroff, den Befehlshaber eines Kosaken-Kavallerie-Regiments. In der östlichen Balachei entwickelten sich die Operationen plangemäß.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 20. Dezember. Amtlicher Bericht vom 20. Dezember.
Persische Front. 25 Kilometer nördlich von Hamadan schlugen wir durch unser Feuer eine feindliche Kavallerieschwadron zurück.
Tigris-Front. Südlich von Fellahie brachten wir eine feindliche Feldbatterie zum Schweigen, die unsere Stellungen, ohne irgendeinen Erfolg erzielen zu können, beschob.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.
Der osmanische Vizegeneralissimo.

Zäher Widerstand in Ostafrika.

London, 20. Dezember. Amtlich. General Smuts meldet aus Ostafrika, daß die Kämpfe in der Nachbarschaft von Ribata fort dauern. Starke feindliche Angriffe wurden am 15. Dezember abgesehen. In der Nacht vom 15. auf den 16. wurden einige schwache deutsche Abteilungen, die sich in unserer vorgeschobenen Stellung festgesetzt hatten, endgültig daraus vertrieben, und am 16. Dezember wurde ein wichtiger Höhenrücken nordöstlich von Ribata erobert und gehalten. Unsere Flugzeuge machten erfolgreiche Bombenüberfälle und verursachten ansehnliche Verluste.
Die Meldung zeigt deutlich, daß der Widerstand der deutschen Truppen noch immer ein sehr kräftiger ist.

Englische Nahrungs- und Kohlen sorgen.

Rotterdam, 21. Dezember. (W. L. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der neue Landwirtschaftsminister Brotherton legte gestern im Unterhause seine Pläne über die Vermehrung der Erzeugung von Lebensmitteln dar. Brachliegendes Land soll bestellt werden. Die Behörden werden ermächtigt, Land zu enteignen, und Landarbeiter sollen gezwungen werden, das Land nach Vorschrift zu bebauen. — Der Unterstaatssekretär des Handelsamtes sagte im Unterhause, daß vom Januar ab eine große Beschränkung des Passagierverkehrs auf den Eisenbahnen notwendig sein werde. Die Fahrpreise sollen um 50 Prozent erhöht werden. — „Times“ meldet, daß infolge des geringen Kohlenvorrats gewisse Industrien, wie Brauereien und Brennerien, eine sehr beschränkte Menge von Kohlen zugewiesen erhalten werden. — „Manchester Guardian“ warnt vor der Anwendung von Zwang bei dem neuen nationalen Dienst. Das Blatt erinnert daran, daß auch bei dem Munitionsgesetz die Zwangsbestimmungen eine schlechte Wirkung gehabt haben.

Lloyd George und die Iren.

Rotterdam, 21. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 20. Dezember: Im Unterhause hat Redmond der neuen Regierung namens der nationalistischen Partei eine unvoreingenommene Haltung, aber keine blinde Unterstützung versprochen. Ueber Lloyd Georges Ausführungen betreffend Irland erklärte sich Redmond enttäuscht. Er verlangte die Freilassung der irischen Gefangenen, die Aufhebung des Verlagerungszustandes und eine allgemeine Lösung des irischen Problems. Aber, sagte Redmond, der Premierminister darf keine Bedingungen mit Bezug auf Anwerbung oder Dienstpflicht stellen. Diese Frage muß einer Veränderung der Stimmung in Irland überlassen bleiben.

Venizelos — ohne Bedeutung!

Bern, 21. Dezember. Beunruhigt über die Erklärung Lloyd Georges, die Entente habe beschlossen, die Vertreter von Venizelos anzuerkennen, hatte sich „Corriere della Sera“, wie er sagt, an die zuständige Stelle gewandt, um Genauereres zu erfahren. Das Blatt hat die Mitteilung erhalten, daß die Anerkennung keinerlei politischen Wert oder Bedeutung habe, soweit es sich um den Anfang einer Anerkennung der Regierung von Venizelos zur Erziehung der königlichen Regierung in Athen handeln könne.

Unkle Sam borgt 1 Milliarde.

London, 21. Dezember. Neutermeldung. „Morning Post“ erfährt aus Washington, daß die Firma Morgan und ein Bankensyndikat zu Beginn des neuen Jahres eine neue englische Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling (eine Milliarde Mark) auf den Markt bringen werden.

Die spanische Budgetkrise.

Madrid, 21. Dezember. (Zuspruch des Vertreters des I. I. Telegraphen-Korr.-Bureaus.) Um die Regierung aus der schwierigen Lage zu retten und einen ex-lex-Zustand, der durch Nichtbewilligung des Budgets entstanden wäre, zu vermeiden, wurde durch Vermittlung des Abgeordneten Cambo zwischen der Regierung und beiden Kammern ein Kompromiß abgeschlossen, wonach das Budget des letzten Jahres solange als Budgetprovisorium pro 1917 zu gelten habe, als das ordentliche und das außerordentliche Budget, sowie die Pläne betreffend die nationale Reorganisation nicht Gesetzeskraft erlangt haben. Dagegen verpflichtet sich die Regierung, das Parlament nach den Weihnachtsferien im Januar wieder einzuberufen.

Der Seekrieg.

Drei Wochen ohne Kohlen.

Eine Wirkung des U-Bootkrieges.

Bern, 21. Dezember. (W. L. V.) Wie die amtlichen Berichten ergeben, sind seit etwa drei Wochen in Genua keine Kohlen mehr angekommen. „Perseveranza“ schreibt dazu, trotz der englischen Versprechungen fingen nunmehr sogar die Kohlenvorräte an, für die eigentliche Kriegswirtschaft knapp zu werden. Das Blatt fährt den Uebelstand in erster Linie auf den deutschen U-Bootkrieg zurück, der

nicht nur die Kohlenzufuhr, sondern auch die Beschaffung der Metalle gefährdet.

Bern, 21. Dezember. Laut „Secolo“ hat der Transportminister angeordnet, daß ab 1. Januar alle italienischen Handelschiffe, auch die nicht requirierten und besonders diejenigen, die den Personenverkehr mit Nord- und Südamerika beforgten, den gesamten Laderaum für den Transport von Waren freihalten müssen, die von ausschließlichem Interesse für Italien sind.

Englands Postraub.

Kopenhagen, 20. Dezember. Die dänische Generalpostdirektion gibt bekannt, daß von den dänischen Dampfern „Island“ und „Tjalbur“ bei der Durchsicherung in Skirwaal die gesamte Paketpost beschlagnahmt worden ist. Auch von dem Amerika-Dampfer „Frederik VIII.“ ist in Skirwaal die gesamte für Dänemark bestimmte Post beschlagnahmt worden.

Berents! Als versenkt wird gemeldet der norwegische Dampfer „Prima“ aus Bergen. — „Echo de Paris“ meldet aus Paris: Der Dampfer „Lotus“ hatte 300 Gerettete der versenkten Dampfer „Magellan“ und „Sinia“ an Bord. — „Matin“ meldet aus La Rochelle: Ein deutsches U-Boot versenkte die Segler „Preiser“ und „Leon“. Acht Mann der Besatzung wurden an Bord des U-Bootes genommen. Sie wohnten der Versenkung zweier weiterer Dampfer bei und wurden schließlich durch den Dampfer „Camelia“ nach La Rochelle gebracht. — Nach „Stockholms Tidningen“ ist an einem der letzten Tage vor Abreise der finnische Personendampfer „Skitet“ auf eine Mine gestoßen und mit der Besatzung und 60 Fahrgästen untergegangen. Die russischen Behörden halten den Vorfall streng geheim.

Französische Blätter melden ferner als versenkt: den italienischen Dampfer „Giustizia“ (1169 T.), den griechischen Dampfer „Rosa“, den englischen Dampfer „Plimston“ (6000 T.), den japanischen Dampfer „Takamaru“ (3208 T.), die Societe „Gironde“, die Brigg „Gugone Gaston“ (184 T.), die Dreimaster „Immaculee Conception“ (284 T.) und „St. Yves“ (326 T.).

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 20. Dezember nachmittags. Aus dem Verlaufe der Nacht ist nichts zu melden außer ziemlich großer Artillerietätigkeit in der Gegend von Loubemont und Chambray.

Orientarmee. Es ist nichts zu melden außer einigen Patrouillenkämpfen an der mazedonischen Front, wo andauernd Regen und Nebel herrschen.

Vom 20. Dezember abends. Südlich von der Somme beschoß der Feind im Laufe des Tages unsere Linie, namentlich in den Abschnitten von Velloy-en-Santerre, Vermy, Vresseire und Ablaincourt. Unsere Artillerie antwortete kräftig durch Feuer der Abwehrbatterien. Zeitweilig ausgehende Artillerietätigkeit auf dem übrigen Teile der Front.

Belgischer Bericht. Nach dem Vormittag herrschte verhältnismäßige Ruhe. Der Feind eröffnete im Laufe des Nachmittags ein heftiges Grabenartilleriefeuer in der Gegend von Het Sas. Die belgische Artillerie aller Kaliber brachte die feindlichen Maschinen zum Schweigen.

Englischer Bericht vom 20. Dezember. Zwei erfolgreiche englische Angriffe auf die deutschen Gräben in der Nähe von Sommeourt, nördlich von Arras. Es wurde eine Anzahl Gefangener gemacht. Die feindliche Artillerie war sehr tätig auf unserem rechten Flügel nördlich von der Somme und in der Nachbarschaft von Festubert und Hperm. Wir antworteten kräftig.

Kleine Kriegsnachrichten.

Protest gegen die Teilnahme des Papstes am Friedenskongress. Lugano, 21. Dezember. „Popolo d'Italia“ veröffentlicht ein Rundschreiben der englischen Nationalist Press Association in London, in dem gegen die Zulassung des Papstes zum Friedenskongress protestiert und gegen jede Einmischung des Papstes in Friedensverhandlungen Stimmung gemacht wird.

Amerikas Kriegslieferungen. Nach dem „Matin“ teilten wir vor einigen Tagen Hissen über den Umfang des Kriegsmaterials mit, das Amerika den Verbündeten während dieses Krieges lieferte. Wir wiesen die Gesamtziffer nach. Vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 betrug die Ausfuhr 3450,66 Millionen Dollar, seit dem 1. Juli 1915 bis 1. Juli 1916 betrug sie 13 669 Millionen. Also über 10 Milliarden mehr als vor zwei Jahren, wovon nach Ansicht des französischen Blattes gut fünf Milliarden als Reingewinn anzusehen wären.

Das Hilfsdienstgesetz.

Die Wahl der Ausschüsse. — Weitere Beratung.

Die Bundesratsverordnung über die Errichtung der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Ausschüsse hat nach den Beschlüssen des Reichstagsausschusses nunmehr folgenden Wortlaut erhalten:

§ 1. Das Kriegsamt errichtet die nach § 6 des Gesetzes beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle sowie die nach § 4 Abs. 2, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2 des Gesetzes zu bildenden Ausschüsse und bestimmt Bezirk und Sitz dieser Ausschüsse. In Bayern, Sachsen und Württemberg bildet das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Kriegsamt die Ausschüsse und bestimmt ihren Bezirk und Sitz.

§ 2. Für die Offiziere und Beamten in der Zentralstelle und den Ausschüssen ist mindestens je ein Stellvertreter, für die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen sind nach Bedarf Stellvertreter zu bestellen. Für die Bestellung der Stellvertreter gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Bestellung der ordentlichen Mitglieder.

§ 3. Zu Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen sowie zu Stellvertretern für sie dürfen nur

volljährige männliche Deutsche

bestellt werden. Nicht bestellt werden darf, erstens: wer infolge strafgerichtlicher Urteile die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist; zweitens: wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

§ 4. Wer gemäß § 3 zum Vertreter der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder zum Stellvertreter eines solchen Vertreters bestellt ist, kann die Übernahme des Amtes nur ablehnen, wenn er erstens das 60. Lebensjahr vollendet hat, zweitens mehr als vier minderjährige Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht gerechnet, drittens durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen, viertens mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft hat. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft gleich.

§ 5. Wer die Übernahme des Amtes als Vertreter der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder als Stellvertreter eines solchen Vertreters ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden der Zentralstelle, wenn er für diese bestellt ist, sonst vom Vorsitzenden des Ausschusses, für den er bestellt ist, mit Geldstrafe bis zu 500 M. bestraft werden. Ebenso kann bestraft werden, wer sich ohne genügende Entschuldigung nicht rechtzeitig zu den Sitzungen einfindet oder sich seinen Obliegenheiten in anderer Weise entzieht. Auf Beschwerde entscheidet

das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium endgültig.

§ 6. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben ihren Arbeitgebern jede Einberufung zu Sitzungen der Zentralstelle oder der Ausschüsse anzuzeigen. Tun sie es ohne schuldhaftes Vergehren, so gibt das Fernbleiben von der Arbeit dem Arbeitgeber keinen wichtigen Grund, das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen.

§ 7. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der Zentralstelle und den Ausschüssen verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Sie erhalten Tagegelder im Betrage von 15 M. und Ersatz der notwendigen Fahrkosten; bei Eisenbahnfahrten wird der Betrag für die zweite Wagenklasse, bei Benutzung von Schiffen der Betrag für die erste Klasse erstattet.

§ 8. Den Arbeitgebern und ihren Angestellten ist untersagt, die Vertreter der Arbeitnehmer in der Übernahme oder Ausübung des Ehrenamtes zu benachteiligen. Arbeitgeber oder ihre Angestellten, die dagegen verstoßen, werden mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Haft bestraft.

§ 9. Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder der Zentralstelle und der Ausschüsse sind verpflichtet, über Geschäfts-, Betriebs- und Berufsgeheimnisse, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, Amtsverschwiegenheit zu beobachten. Mit Geldstrafe bis zu 3000 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft, wer der Vorschrift im Absatz 1 zuwider Geheimnisse und Befugnisse offenbart. Wer dies tut, um den Inhaber des Geschäfts-, Betriebs oder Berufs zu schädigen oder sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu schaffen, oder wer in gleicher Absicht ein Geheimnis der im Absatz 1 genannten Arten verwertet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 10. Die Behörden und behördlichen Einrichtungen sind verpflichtet, den im Vollzuge des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst an sie ergehenden Ersuchen des Kriegsammtes, der Zentralstelle und der Ausschüsse zu entsprechen. Dies gilt auch für Ersuchen, die von den königlich bayerischen, sächsischen und württembergischen Kriegsministerien im Vollzuge des Gesetzes gestellt werden.

§ 11. Vor Erlass der Entscheidung nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes hat der Ausschuss die Gemeindebehörde und nach Lage des Falles die zuständige amtliche Vertretung der Industrie und des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft oder anderer Berufsstände zu hören. In geeigneten Fällen sollen auch

Nachvereine sowie sonstige wirtschaftliche Verbände

gehört werden. Werden Marineinteressen berührt, so ist auf Verlangen des Reichsmarineamtes ein Marineoffizier oder Marinebeamter zu hören.

§ 12. Die nach § 5 verhängten Geldstrafen werden wie Gemeindegeldbeiträge erhoben. Ob Einwendungen gegen die Zahlungspflicht aufhebende Wirkung haben, regelt sich nach den landesgesetzlichen Vorschriften. Dem Verwaltungsverfahren hat ein Mahnverfahren voranzugehen; die Mahngebühr wird, soweit erforderlich, vom Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg vom Kriegsministerium festgesetzt und wird wie die Geldstrafe beigetrieben. Die Geldstrafen fließen in die Reichskasse.

§ 13. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Politische Uebersicht.

Die Errungenschaften des Zivildienstgesetzes im Lichte der Gegner.

In den Kreisen der sozialdemokratischen Minderheit hat man sich in die Formel verrannt, das Zivildienstgesetz kurzer Hand als ein Mittel zum Lohndruck zu erklären. Die namentlich auf das intensive Drängen der Gewerkschaften hineingebrachten sozialpolitischen Schutzvorschriften werden mit geringschätzigem Ahselzuden abgetan. Für die tatsächliche Bedeutung des sozialpolitischen Inhaltes des Gesetzes ist vielleicht nichts so bezeichnend als das Jammergeschrei, das die Gegner des sozialpolitischen Fortschritts darüber erheben.

Die „Kreuz-Zeitung“ druckt einen solchen Erguß als „Warnungstafel“ ab unter der Ueberschrift: „Auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft“. Die Zuschrift wirft zunächst der Reichstagsmehrheit politische Erpresserpolitik vor; sie habe die Not des Vaterlandes dazu benützt, um unter blutigem Hohn auf das, was man Burgfrieden nennt, zunächst einmal für sich selbst zu sorgen, den eigenen Nachkommen zu betriebligen, und um daneben ein seit Jahrzehnten vergeblich erstrebtes wirtschaftspolitisches Kampfmittel zu erpressen.“

Der Reichstag habe aus einem „stolzen, lapidaren Befehlsgebungswerke“ (gemeint sind die vier Paragraphen) einen „politischen Wechselbalg schlimmster Sorte, ein sozialpolitisches Ausnahmegesetz, ein verfassung- und wirtschaftspolitisches Unikum sondergleichen“ gemacht. Und dann kommen die üblichen Klagegeden über „Byzantinismus vor dem König Demos“, über „soziale Sentimentalität“, über eine überschwengliche Lobpreisung der „selbstverständlichen Mitarbeit unserer Arbeiterschaft an der Rettung des Vaterlandes“. Die „Kreuz-Zeitung“ entdeckt jetzt den wahren Charakter des Gesetzes: Es sei nicht wahr, daß es, wie selbst Stresemann anerkannte, an die Entfaltung der Arbeiter- und Arbeiterorganisationen große Anforderungen stelle, sondern es sei ein „sozialpolitisches Ausnahmegesetz zugunsten der Handarbeiter“.

Wenn man von Opfern reden will, so mag man dabei mit mehr Recht an das durch diese Ausnahmebestimmungen in seiner Wirtschaftsfreiheit, seinem Wirtschaftsfrieden und seiner Autorität geknickte Unternehmertum und an die Volkstreue denken, die sich nicht durch sozialdemokratische Gewerkschaften vertreten lassen. Daß der verfassungs- und sozialpolitische Ballast des Hilfsdienstgesetzes mit dessen Ausräumung belanglos werde, wird kein einsichtiger Politiker glauben. Das Gegenteil ist ja auch im Reichstages mit der nativen Offenherzigkeit eines neugefährten Nachbetrachters ausgesprochen worden. Errungene Macht läßt sich gutwillig keine Demokratie wieder nehmen. Es handelt sich eben um einen Dauerrieg der parlamentarischen Demokratie über die beiden autoritären Elemente und Träger unseres Wirtschafts- und Staatslebens: Sieg über die Autorität und Freiheit des Unternehmertums, die starken Träger der Wirtschaftskräfte des Reiches, und dies ausgerechnet zu einer Zeit, wo unsere in ihrer Konkurrenzfähigkeit sowieso bedrohte Industrie auch nach dem Riege vor einem Wirtschaftskriege steht, von dessen Opferreicher Schwere sich heute niemand auch nur annähernd einen Begriff machen kann —, und Sieg über unüberwindliche Rechte des Bundesrats, also des Reichsobervertrages, worüber noch zu reden ist.

Der Schluß der Zuschrift wiederholt diese Gedanken, unterstreicht sie teilweise und ist nur noch durch seine Phrasologie beachtenswert, wenn er z. B. vom „Tanz ums Kalb der Neuorientierung“ redet.

Wir sind weit entfernt, alle Entsetzensschreie des sozialpolitischen Rückschrittlers, der sich hier äußert, für bare Münze zu nehmen. Er will durch Uebertreibung und möglichstes Schwarzmalen im Sinne seiner Anschauung agitatorisch aufwühlend wirken. Aber ein richtiger Kern ist doch daran: Daß

nämlich die neuen sozialpolitischen Errungenschaften, eben weil sie den Bruch mit dem früheren Prinzip bedeuten, einen Sturmhauch für die Sozialpolitik der Zukunft bilden können. Wie weit das gelingt, wird freilich nicht zuletzt von der Kraft — und das heißt gleichzeitig von der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung abhängen.

Graf und Journalist.

Vor einigen Tagen haben wir dem Grafen Reventlow, zweimal täglichen Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“, gesagt — nicht nur gesagt, sondern dokumentarisch nachgewiesen — daß er mit einer subjektiven Unwahrheit haufieren geht. Wir hatten hinzugefügt: „Ein Narr, der glaubt, daß Graf Reventlow davon lassen könne.“

Das hat der Graf ruhig eingestekt. Und jetzt beweist er obenrein noch die Richtigkeit unserer Voraussage, indem er im Freitag-Abendblatt seiner Zeitung schreibt:

Herr Scheidemann und Genossen mögen so viel reden wie sie wollen, von Kompromissen und von der „Rarheit“, an einen Sieg zu glauben, — die Tatsache bleibt bestehen: Das Reich des Deutschen Reiches nur durch Sieg!

Verbiete du dem Seidenturm zu spinnen!

Blinder Eifer.

Die „Vossische Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 649 folgende Notiz:

Eine Lüge des „Temps“. In seiner Nummer vom 16. d. Mts. behauptet der „Temps“, die „Vossische Zeitung“ habe erklärt, daß Deutschland im Falle der Fortsetzung des Krieges keinen Unterschied zwischen Feinden und Neutralen machen würde. Diese Aeußerung gehört in die Reihe der bewussten Fälschungen, an die wir bei der feindlichen Presse gewöhnt sind.

Dhne uns zum Beschützer des „Temps“ aufzutreten, wollen wir doch feststellen, was Herr Georg Bernhard in dem Artikel „Unser Wille zum Frieden“ (Nr. 637 der „Voss. Zeitung“), auf den sich die Bemerkung des „Temps“ bezieht, geschrieben hat. Es heißt dort wörtlich:

„Und die Rücksichten, die wir bisher noch haben walten lassen, müssen in Zukunft fortfallen. Dann wird sich keiner mehr darüber beklagen dürfen. Kein Feind und kein Neutraler.“

Das von Herrn Georg Bernhard postierte Kraftmeiertum hat eben wieder einmal der ausländischen Presse eine willkommene Unterlage zur Aufhebung der Neutralen gegen Deutschland geliefert.

Bundesrat. Amtlich wird unter dem 21. Dezember mitgeteilt: In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Hoherleistung für Waren, die zur Verarbeitung auf feste Teile bestimmt sind, eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Sebststoffgesetz, eine Aenderung des Weingesezes sowie der Entwurf einer Verordnung über die Veräußerung von Aktien und Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland.

Letzte Nachrichten.

Das Programm der Regierung Clam-Martinih.

Wien, 21. Dezember. (W. L. B.) Die „Wiener Zeitung“ schreibt über die Ziele der Regierung: „Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Ebnung des Weges zum Parlament wird das hohe Ziel der Regierung bleiben. Unter den nächsten Aufgaben der Regierung befinden sich der Abschluß des Vertrages zwischen den beiden Staaten, der Monarchie über ihr wirtschaftliches Verhältnis, sowie die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich. Dem Parlament werden diese zusammenhängenden Angelegenheiten sowie die mit anderen Staaten abzuschließenden Handelsverträge seinerzeit zur Genehmigung vorgelegt werden.“

Clam-Martinih für den Reichsrat.

Wien, 21. Dezember. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zufolge, ist in der gestrigen Konferenz des Vorstandes des deutschen Nationalverbandes mit dem künftigen Ministerpräsidenten Clam-Martinih festgestellt worden, daß der Ausgleich mit Ungarn einer parlamentarischen Erieditung zugeführt werden wird. Die Regierung werde innerhalb kürzester Zeit die Vorbedingungen für eine gedeihliche Arbeit des Reichsrates schaffen.

Frankreichs Kohlennot.

England liefert 50 Proz.

Bern, 21. Dezember. Nach französischen amtlichen Angaben wurden in der ersten Woche des Dezember nur 287 000 Tonnen Kohlen von England nach Frankreich eingeführt. Die Einfuhr für die letzte Novemberwoche erreichte 358 000 Tonnen, der wöchentliche Normalbedarf ist zurzeit 500 000 Tonnen.

Dabei hatte Frankreich ursprünglich 1 Million Tonnen pro Woche gefordert.

Ein Panzerkreuzer überrennt einen Truppentransport.

Paris, 21. Dezember. „Matin“ erzählt aus Karlsruhe: Der Panzerkreuzer „Ernest Renan“ stieß in der Nacht mit einem italienischen Dampfer, auf dem sich Urauber der Alliierten befanden, zusammen und schnitt ihn in zwei Stücke. Fünfzehn Mann kamen um, 115 andere Fahrgäste wurden geborgen und in einem italienischen Hafen gelandet. Der „Ernest Renan“ kehrte nach Toulon zurück.

„Ernest Renan“ ist ein Schiff von 13 600 Tonnen.

Kapitän König ohne Schuld.

Wien, 21. Dezember. (W. L. B.) Nach einem Privattelegramm der „Wolfsburger Zeitung“ aus Washington vom 19. Dezember veröffentlicht die amtliche Untersuchungskommission, welche die Schuld an dem Unfall bei der Ausfahrt der „Deutschland“ aus dem Hafen von New London feststellen sollte, jetzt ihren Bericht. Darin heißt es: „Wir freuen uns, feststellen zu können, daß die „Deutschland“ sorgsam und richtig vom Kapitän König gesteuert wurde, als sich der Zusammenstoß mit dem Schlepper „Scott“ ereignete, und daß Kapitän König alles tat, was in seiner Macht war, um das Unglück abzuwenden, und ebenso alle notwendigen Anstrengungen machte, um die Mannschaft des Schleppers zu retten. Offenkundig schoben sich aber die beiden Schiffe so schnell zusammen, daß der Schlepper sofort sank.“ Die Ursache des Unglücks war ein falsches Flaggensignal, das Kapitän Gurney vom Schlepper „Scott“ gegeben hatte.

Versicherungsrechtliche Streitfragen aus dem Hilfsdienstgesetz.

Wir haben schon in unseren Darlegungen über „Das Hilfsdienstgesetz und der Reichstag“ in der Nummer vom 22. November 1916 auf eine Reihe von versicherungsrechtlichen Fragen hingewiesen, die für die dem neuen Gesetz Unterliegenden von wesentlicher Bedeutung sind. Je mehr man sich mit diesen Fragen beschäftigt, desto mehr muß man wünschen, daß eine eingehende Regelung dieser Fragen durch die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes erfolgt. Das Hilfsdienstgesetz selbst hat naturgemäß zu der Frage der Versicherungsspflicht keine Stellung genommen. Die Ausführungsbestimmungen werden es tun müssen.

Als selbstverständlich ist anzusehen, daß alle Hilfsdienstpflichtigen auch dem Schutze der deutschen Arbeiterversicherung unterstehen. Es kann auch die Frage keine Rolle spielen, ob sie freiwillig oder aufgefördert oder durch Ueberweisung irgend einen Hilfsdienst leisten. Sie alle sind generell versicherungspflichtig. Damit ist auch zugleich ausgesprochen, daß die Tätigkeiten der in Betracht kommenden Personen nicht als vorübergehende Dienstleistungen gelten, denn dann würden sie sowohl für das Gebiet der Kranken- wie der Invalidenversicherung nach Bestimmung des Bundesrats versicherungsfrei bleiben können.

Soweit Personen, die nur noch zu einem geringen Teile arbeitsfähig sind, eine Hilfsdienstleistung übernehmen, dürfen auch sie nicht von der Versicherungsspflicht befreit werden können. Nach dem geltenden Recht ist das möglich, sofern der Versicherte das beantragt und der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband damit einverstanden ist. Den Kassen werden solche Personen zwar vielfach als ungünstige Versicherungsrisiken unbedeutsam sein, aber es ist jedem zu raten, keinen solchen Antrag auf Befreiung von der Versicherungsspflicht zu stellen. Die Armenverbände würden auch ihre eigenen Interessen schädigen, wenn sie die Zustimmung zu solchen Anträgen geben würden.

Wahrscheinlich werden auch gewerbliche Arbeiter der Landwirtschaft überwiesen werden. Das kann für sie in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung sein; einmal hinsichtlich der Krankenversicherung, weil bei diesen der ja nur geringe Ortslohn als Grundlohn bestimmt sein kann. Nur für Facharbeiter ist der Grundlohn nach dem durchschnittlichen Tagesentgelt bis 6 Mk. pro Tag festzusetzen. Es ist zu fordern, daß alle den Landfrankenkassen neu unterstehenden Versicherten, soweit es sich um gewerbliche Arbeiter handelt, als solche Facharbeiter gelten. Das muß in der Ausführungsverordnung ausdrücklich ausgesprochen werden.

Um so mehr ist diese Forderung begründet, als manche Arbeiter, die infolge des Schließens oder des Eingehens der alten Betriebe die Mitgliedschaft bei der alten Kasse fortgesetzt haben würden, als Landarbeiter zu so minimalen Kostenansprüchen berechtigt wären, daß sie nicht im entferntesten mit den früheren Ansprüchen zu vergleichen sind.

Soweit solche Arbeiter in dem von uns besetzten Ausland als Landarbeiter beschäftigt werden, halten wir sie auf Grund der von uns im „Vorwärts“ vom 20. Dezember erwähnten Bundesratsverordnung krankensicherungsspflichtig. Der vaterländische Hilfsdienst ist fraglos ein solcher, der der neuen Verordnung untersteht. Aber wenn es sich nicht um eine nach der neuen Verordnung versicherungspflichtige Beschäftigung im Ausland handelt, muß den Arbeitern gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung das Recht gegeben sein, die Mitgliedschaft in der alten Kasse fortzusetzen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist dieses nur möglich, solange sie sich regelmäßig im Inland aufhalten. Für die Seereschiffahrer gilt eine abweichende Bestimmung. Eine solche müßte auch für sie geschaffen werden.

Was hinsichtlich der Krankenversicherung gesagt ist, muß sinngemäß auch für die Invalidenversicherung gelten. Nur kann hier die Frage auftauchen, ob bisher nicht versicherungspflichtige Personen, die eine Tätigkeit nach dem Hilfsdienstgesetz übernehmen, ohne weiteres versicherungspflichtig sein sollen. Da eine Anwartschaft auf Invalidenrente bei regelmäßiger Beitragsleistung erst nach 4 Jahren erworben sein kann, wird man es ihnen freistellen müssen, der Versicherung beizutreten oder nicht. Auch da müßte bestimmt werden, daß sie nach Erfüllung der Wartezeit auch anspruchsberechtigt sind. Nach dem geltenden Recht würden sie nämlich nur dann anspruchsberechtigt werden, wenn sie mindestens 100 Marken auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung verwendet haben. Diese an sich sehr ungünstige Vorschrift auch auf diese Leute zu beziehen, liegt kein Grund vor. Gibt man diesen Leuten das Recht der Versicherung, muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, den damit beabsichtigten Erfolg, den eventuellen Rentenbezug, zu erreichen. Die Wahl der Lohnklasse würde ihnen freigestellt werden können.

Auch für die Unfallversicherung müssen die gewerblichen Arbeiter, die der Landwirtschaft überwiesen werden oder auch freiwillig in ihr eine Beschäftigung suchen, als Facharbeiter angesehen werden. Sonst würden die eventuellen Unfallrenten in keinem Verhältnis zu den bisherigen Lebensverhältnissen stehen. Das kann aber nur durch besondere Vorschriften der Ausführungsbestimmungen erreicht werden.

Bezüglich der Unfallversicherung tritt uns hier auch wieder die dringende Notwendigkeit entgegen, die wir schon in unseren Erörterungen über die Krankenversicherung im besetzten Ausland im „Vorwärts“ vom 20. Dezember erwähnt haben, die im Ausland beschäftigten Leute der Unfallversicherung zu unterstellen. Das wird nicht leicht sein, weil die Versicherungsträger ja territorial gegliedert sind und an den politischen Grenzen des Deutschen Reichs Halt machen. Eventuell müßte das Reich selbst als Versicherungsträger gelten.

Hinsichtlich der Angestelltenversicherung wird man Personen, die nunmehr eine nicht mehr nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtige Tätigkeit übernehmen, die Möglichkeit gewähren müssen, die Anwartschaft in der alten Versicherung aufrechtzuerhalten.

Man sieht, es ist eine ganze Reihe von Fragen, die bei näherer Beschäftigung mit diesem Gebiet auftauchen und die dringend der Lösung und Klärung bedarf. Wir wollen hoffen, daß das in zufriedenstellender Weise auch geschieht.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die sächsischen Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz.

In Dresden traten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände aus ganz Sachsen zusammen, um Stellung zu den Wahlen für die im Kriegshilfsdienstvorgesehenen Ausschüsse zu nehmen.

Berantw. Redakt.: Herm. Müller, Tempelhof. Insetatenteil berantw. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst., Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbl.

Das sächsische Kriegsministerium hat in den beiden sächsischen Generalkommandos Kriegsamtstellen eingerichtet, die für die Durchführung des Gesetzes zu sorgen haben. Für jedes Bezirkskommando soll ein Ausschuss, der die Hilfsdienstpflichtigen herauszusuchen hat, eingerichtet werden. Für die beiden Leipziger Bezirkskommandos ist vorläufig ein Ausschuss vorgesehen, für die beiden Dresdener jedoch je einer. Ursprünglich hat im Kriegsamte die Absicht bestanden, die Ausschüsse nach § 7 mit denen nach § 9 zusammenzulegen. Für Sachsen hat sich diese Vereinigung aber nicht als zweckmäßig erwiesen. Für den 19. Armeeoberbezirk seien vorerst vier Ausschüsse, die über die Gewährung von Abfertigungen und Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zu entscheiden haben, vorgelesen, und zwar in Leipzig, Jwidau, Chemnitz und Plauen. Für den 12. Armeeoberbezirk solle entsprechend § 10 Abs. 3 der in Dresden bestehende Schiedshof, der sich gut bewährt habe, die Funktionen eines Ausschusses nach § 9 übernehmen. Ueber die Befragung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse kam es leicht zu einer Verständigung. Die Aufstellung der Listen ging glatt von statten. Die Konferenz wurde mit dem Ausdruck der Hoffnung geschlossen, daß die geleistete Arbeit es ermöglichen werde, im Interesse der Arbeiter und Angestellten das zu tun, was zu ihrem Ruh und Frommen nötig ist.

Berlin und Umgegend.

Mit der Erhöhung der Teuerungszulagen in der Schuhindustrie

beschäftigte sich am Mittwoch wieder eine Versammlung der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Ueber den letzten Beschluß der Fabrikantenvereinigung berichtete Hamacher. Auf die Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der letzten im „Vorwärts“ mitgeteilten Fassung will der Fabrikantenverein nicht eingehen. Die Fabrikanten behaupteten, es würden schon überall 10 Proz. und mehr an Teuerungszulage gezahlt und sie wollen über ihr erstes Angebot nicht hinausgehen, abgesehen von einer kleinen Aenderung. Das Angebot geht nun dahin: Die alten Teuerungszulagen, soweit sie nicht nach dem 16. Oktober erhöht worden sind, bleiben bestehen und außerdem sollen erhalten: ledige Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren wöchentlich 1 Mark; ledige Arbeiter und Arbeiterinnen über 16 Jahre wöchentlich 2 Mk., Verheiratete mit einem Verdienst bis 24 Mk. wöchentlich 4 Mk., Verheiratete mit einem Verdienst bis 27 Mk. wöchentlich 3,50 Mk. und Verheiratete mit einem Verdienst von mehr als 27 Mk. wöchentlich 3 Mk. Für nicht erwerbsfähige Kinder unter 15 Jahren wird ein Zuschuß von 1 Mk. gezahlt. Diese Teuerungszulagen sollen, wenn sie angenommen werden, vom Montag, den 4. Dezember ab rückwirkend gezahlt werden. Die Fabrikanten wollen sie kommenden Sonnabend schon zahlen. Sie würden dann für drei Wochen ausbezahlt werden. Wo noch Wünsche der Arbeiter in einzelnen Fabriken vorhanden sind, sollen die Arbeiter nach vier Wochen an ihre Fabrikanten herantreten. Werden sie mit ihrem Fabrikanten dabei nicht einig, dann will der Fabrikantenverband in gemeinsame Verhandlungen darüber eintreten.

Weiter haben die Fabrikanten beschlossen, den Heimarbeitern eine Ertragszulage von 5 Proz. zu geben. — Angesichts der ganzen Situation empfahl Hamacher, das Angebot der Fabrikanten anzunehmen und es als eine Abschlagszahlung zu betrachten. Später könnte man dann versuchen, mit anderen Anträgen an die Fabrikanten heranzutreten. Zunächst müßte man abwarten, wie sich die Verhältnisse in der Schuhindustrie infolge des Dienstpflichtgesetzes gestalten. Der jetzt eingetretene Abschwung der vierzigstündigen Arbeitszeit und der Ledernappheit. Die Behauptung der Fabrikanten, daß schon jetzt alle mindestens 10 Proz. Teuerungszulage zahlen, sei nicht richtig; für verschiedene Fabrikanten müßte das bestritten werden. Innerhalb der nächsten vier Wochen werde man feststellen, für welche Fabrikanten jene Behauptung nicht zutrifft. Die Feststellungen könnten dann bei Regelung der weiter gehenden Wünsche in einzelnen Betrieben berücksichtigt werden.

Die Versammlung erklärte sich im Sinne der Ausführungen Hamachers mit der Annahme des Angebots der Fabrikantenvereinigung einverstanden.

Hamacher teilte noch mit, daß die Schuhindustrie auf der Liste der Kriegshilfsbetriebe steht, er verwies auf die von der Federkontrollstelle jetzt eingetretene Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit erlassenen Uebergangsbestimmungen, die bereits vor kurzem im „Vorwärts“ veröffentlicht wurden und auch im Fachblatt nachgesehen sind.

Ausland.

Die Verschmelzung des österreichischen Gewerkschaftsverbandes mit dem Metallarbeiterverband, die seit langen Jahren schwelte, ist nunmehr beschlossen. Die Konzentration der Industrie führt nun auch die Arbeiter zur Organisation in großen Industrieverbänden.

Aus der Partei.

Wieder genesen. Unter dieser Ueberschrift brachte die „Bremer Bürger-Ztg.“ am 19. Dezember eine Notiz, die inzwischen ihren Weg auch in die bürgerliche Presse gefunden hat. Der „Bremer Bürger-Ztg.“ ging hierzu am 20. Dezember folgende Erklärung des Genossen Müller zu:

Die „Bremer Bürger-Ztg.“ bringt in ihrer Nummer vom 19. Dezember die Nachricht, daß ich kürzlich von einigen Frauen mißhandelt wurde, deswegen das Bett hüten mußte und jetzt wieder genesen sei. Wenn mich diese Teilnahme „an meiner Genesung“ auch recht angenehm berührt, so ist sie erfreulich überflüssig. Denn die Nachricht von meiner Erkrankung ist falsch. Mir wurde allerdings — und zwar bereits am 17. November — während einer Auseinandersetzung mit einem Mitgliede der Preßkommission aus dem Kreise von dessen Trabanten eine Verletzung am Kopfe beibracht. Ich brauchte aber — wegen der notwendigen Konsultation eines Arztes — meine nützliche Parteitätigkeit deswegen nur auf etwa eine Stunde zu unterbrechen. Gegen den Rädelführer bei diesem feigen Ueberfall wurde sofort Strafantrag gestellt; die Angelegenheit wird also ihre gerichtliche Erledigung finden. Wenn dann noch der nächste Parteitag die Einführung solcher rohen „Sitten“ in den Parteikampf gebührend verurteilt haben wird, dann können wir wieder wie einst stolz singen: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren“... Mit Parteigrüß Herm. Müller.

Soziales.

Bevorstehende Aufhebung der Arbeitsbeschränkungen.

Die Handelskammer zu Berlin teilt mit, daß die außerordentlich gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach männlichen, in den mit der Ausrüstung des Heeresbedarfs beschäftigten Betrieben, bei den maßgebenden Behörden die Absicht gezeitigt habe, die Befriedigung dieser Nachfrage dadurch zu erleichtern, daß die feinerzeit für einzelne Betriebe zur Streckung der Arbeitszeit erlassenen beschränkenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Ein Teil der Arbeiter in den darunter fallenden Gewerbebetrieben kann dann voll beschäftigt werden, während der entbehrliche Teil in der Rüstungsindustrie Beschäftigung findet. Für die Schuhindustrie sind die Arbeitsbeschränkungen aus diesen Erwägungen heraus mit dem 15. Dezember bereits aufgehoben worden. Aber auch für die anderen Industrien, in denen sie noch bestehen, so für Spinnereien, Webereien, Wirkereien und die Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Betriebe steht die Aufhebung der Beschränkungen demnächst bevor. Die Erwägungen hierüber sind zwar noch nicht abgeschlossen, die beteiligten Kreise tun aber gut, schon heute mit den bald zu erwartenden neuen Arbeitsbedingungen zu rechnen und die ihnen geeignet erscheinenden Vorkehrungen zur tüchtigsten Vermeidung der Uebergangsschwierigkeiten zu treffen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Erhöhung der Roheisenpreise.

Nach der Erhöhung der Preise für Koks und Kohle ist, wie schon erwähnt, auch Roheisen teurer geworden. Ein anderes Motiv war die Erhöhung der Preise für Erz, das, soweit es aus Skandinavien bezogen wird, den deutschen Preisregulierungen nicht unterworfen ist, aber auch im Inland teurer wurde, wie z. B. Roheisensteine von der Lahn seit Juni 1914 von 13,20 bis 13,50 M. auf mehr als das Doppelte gestiegen sind. Ueber die Entwicklung der Roheisenpreise gibt folgende Aufstellung Auskunft:

	Gießerei-Roheisen I	Rt. III	Gämatit
2. Quartal 1914	74,50	69,50	72,25
1. „ 1915	79,50	74,50	83,—
4. „ 1915	94,—	89,50	115,—
1. Januar 1916	94,—	89,50	115,—
1. August 1916	96,—	91,—	142,50

Braunkohlenkonjunktur.

Nachdem die Mehrheit des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Regier Kohlenwerke in Regis (Sachsen) ihr Amt niedergelegt hatte, wurden in der dienstägigen außerordentlichen Gewerkschaftsversammlung zu Mitgliedern des Grubenvorstandes Herren gewählt, die der Deutschen Erdöl- u. Kohlen-Ges. nahestehten.

Ein deutsch-holländisches Handelsabkommen.

England hat Holland im Sommer unter Ausnutzung seiner Seegewalt zu einem Handelsabkommen genötigt, das die Beschäftigung des englischen Marktes durch Holland verbürgt. Jetzt hat auch Deutschland ein solches Abkommen mit Holland geschlossen — sehr zum Verdruss der holländischen Händler, die sich schon an die Ausweitung Deutschlands gewöhnt hatten. So kosteten 50 Kilo bester holländischer Käse für den holländischen Verbraucher 33 Gulden, für England 65 bis 70, für Deutschland aber 83 bis 90 Gulden!

Eine englische Vermögensschätzung.

Die „Kölnische Zeitung“ zitiert einen Bericht der „Times“, daß aus ersthaften Citykreisen vorgelegt wird, keine Anleihen mehr aufzunehmen, sondern eine neue Steuer zu erheben, und zwar 6 Prozent vom Vermögen. Da die Größe des Volksvermögens auf insgesamt etwa 24 Milliarden Pfund veranschlagt wird, so würde die neue Steuer einen Ertrag von 1440 Millionen Pfund liefern. Die Steuer müßte mit je einem halben Prozent monatlich zur Erhebung gelangen.

Das ist keine simple Steuer mehr, sondern eine Vermögensschätzung wie sie im Buche steht. Großbritannien hat im Kriege bereits seine Steuerleistung von 4 Milliarden Mark auf zehn Milliarden gesteigert und soll nun noch 28,8 Milliarden Mark steuerlich aufbringen. Ein gigantischer Plan. Durch seine Ausführung würden die englischen Kriegskosten, die sich im Jahr auf fast 40 Milliarden Mark belaufen, zur Gänze steuerlich gedeckt. Die Verwirklichung ist nicht unmöglich. In den napoleonischen Kriegen ist die berühmte Einkommensteuer geschaffen worden, die für jene Zeit nicht minder revolutionär war als heute eine Schätzung von 6 Prozent auf alle Vermögen wäre. Volkswirtschaftlich scheint es immer noch besser, die Gesellschaft auf kurze Zeit mit rücksichtsloser Brutalität armer zu machen, als sie das Bleigewicht unproduktiver Schulden durch Jahrhunderte tragen zu lassen.

Kriegserfindungen.

Den ganzen Umfang der Kriegserfindungen wird man erst nach Friedensschluss überschauen können. Deute kennen wir ja bei weitem noch nicht alle Kriegserfindungen des eigenen Landes, viel weniger natürlich die der feindlichen Länder. Auch in den feindlichen Ländern hat man sich lebhaft bemüht, durch Erfindungen und deren Ausnützung Mängel und Räte zu überwinden. Ebenso in den neutralen Ländern, da ja auch ihre Volkswirtschaften unter dem Kriege gelitten haben. In Rußland ist man vor einiger Zeit daran gegangen, das ganze Erfindungswesen unter dem Eindruck des Krieges neu zu organisieren. Der Staat will allem Anscheine nach die Erfindungstätigkeit möglichst fördern, weil man eingesehen hat, von welcher ungeheurer Bedeutung in kritischen Zeiten brauchbare Erfindungen sind. Sehr eifrig hat man sich in einigen Ländern, besonders in Skandinavien, damit beschäftigt, Ersatzstoffe für Kohle zu erzeugen. Diese Versuche sind jedoch über Anfänge nicht hinausgekommen. Auch in England sind derartige Versuche angestellt worden, wie es scheint, bisher ohne merklichen Erfolg. Recht zahlreich sind die Erfindungen für die Verbesserung von Maschinen oder Maschinenmaterial. Die Anforderungen, die dieser Krieg an die Belastungsfähigkeit der Maschinen stellt, haben zu einer raschen Abnützung geführt. Es ist daher begrifflich, daß man sich bemüht hat, festeres Material herzustellen, insbesondere weniger leicht abnutzbaren Maschinenstahl. In den skandinavischen Ländern sowohl wie in den Vereinigten Staaten und in England haben diese Versuche zur Herstellung von Erzeugnissen geführt, die angepriesen werden, deren Wirklichkeit zweifelhaft aber noch nicht sehr bedeutend zu sein scheint. Jedenfalls sind diese Versuche sehr bemerkenswert, sie zeigen, welchen Einfluß die angespannte Kriegproduktion auf die Technik hat. In England wünscht man lebhaft, möglichst viel Menschenkraft zu sparen. Das geht sogar so weit, daß man neuerdings im Unterhause angeregt hat, die Räte nicht mehr von Menschen, sondern von maschinellen Einrichtungen stellen zu lassen. Man sieht daraus, wie notwendig für die englische Kriegswirtschaft und die englische Kriegführung jede Menschenhand ist. Diese Bestrebungen dürften auch für die Sozialpolitik der Friedenszeit von Bedeutung werden.

Das deutsche Vorbild.

Wie im „Board of Trade Journal“ mitgeteilt wird, hat das britische Handelsamt in der Absicht, die britischen Fabrikanten mit der Art und Weise der deutschen und österreichischen Warenankündigung bekannt zu machen, ungefähr 700 Spezialkataloge aus Deutschland und Oesterreich gesammelt und zur Einsichtnahme ausgestellt. Eine große Zahl von Katalogen ist kürzlich auch aus Moskau, aus den südamerikanischen Ländern, aus Spanien, Lourenço-Marques usw. hinzugekommen.

Die Sammlung, die eine große Anzahl von Industrien umfaßt, enthält z. B. mehr als 1000 Kataloge über Maschinen, darunter mehr als 200 über Werkzeugmaschinen, ferner mehr als 300 über Spielzeug, darunter auch die Ankündigungen der meisten der bekannten Nürnberger Spielwarenfabrikanten.

Die Sammlung enthält Kataloge in englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, rumänischer, russischer, finnischer, polnischer, italienischer, holländischer, ungarischer, griechischer und chinesischer Sprache; viele davon sind mehrsprachig (in drei, vier, sogar sechs Sprachen).

Eingegangene Druckschriften.

Die Weihnachtnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft vom 1. Band des 35. Jahrganges erschienen.

Von der „Gleichheit“ ist uns soeben Nr. 6 des 27. Jahrganges zugegangen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Ostwärts fortschreitende Trübung und langsame Erwärmung; im Osten zunächst noch trocken, im Westen weitverbreitete, meist geringe Niederschläge.

Stadtverordnetenversammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Dezember 1916. Nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelst eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Zur Beratung stehen die Ausschussvor schläge hinsichtlich der Erhöhung der Kriegszulagen und der Gewährung einer besonderen Kriegszulage an die ständigen Hilfsarbeiterinnen im Bureau- oder Kanzleibienst.

Der Magistrat hat seine ursprüngliche Vorlage erweitert und diese erweiterte Vorlage hat die Grundlage der Ausschussberatung gebildet. Im Ausschuss ist durchgekehrt worden, daß die gesamten Erhöhungen schon ab 1. Dezember 1916 in Kraft treten, außerdem sind für die Ledigen über 18 Jahre statt 18 M. 20 M. monatlich zugestanden worden. Alle sonstigen Erhöhungsanträge haben keine Mehrheit gefunden. Heute liegen wieder mehrere derartige Anträge vor.

Stadtv. Koblentz (Soz.): Wir haben schon bei der ersten Beratung anerkannt, daß der Magistrat großes Entgegenkommen beweißt und ernstlich bemüht ist, der vorhandenen Kollage Rechnung zu tragen. Aber wir müssen dabei bedenken, daß die vorgeschlagenen Erhöhungen nicht genügen. Im Ausschuss sind unsere Bemühungen um Verbesserung trotz warmer Unterstützung auch von bürgerlicher Seite fast ganz erfolglos geblieben. Wir hoffen, daß bezüglich der Verheirateten mit Kindern in der Versammlung selbst eine größere Weisheit herrschen wird, hier wenigstens eine kleine Verbesserung zuzugestehen. Wir beantragen also, die Zulage für Verheiratete mit 1 Kind auf 30, mit 2 Kindern auf 37,50 M. und sofort für jedes Kind 7,50 M. mehr festzusetzen.

Stadtv. Falkenstein (Linke) bittet, es bei den Ausschussvor schlägen, die wie die Magistratsvorlage den richtigen Mittelweg innehalten, zu lassen. Es könne sich hier nur um eine Milderung der Kollage handeln, die dadurch entstehenden Mehrkosten dürfen die übrigen Steuerzahler, die jetzt zum großen Teil auch nicht auf Kosten gebettet seien, nicht zu sehr belasten.

Wehrlich äußert sich Stadtrat Frank. Stadtv. Ritter (Soz.) bestreitet, daß die Mittel für die Teuerungszulagen einfach aus laufenden Einnahmen zu decken sind, also den Steuerzahlern und insbesondere dem Mittelstande aufgebürdet werden müßten. Die Deckung sei vielmehr ausdrücklich späterer Beschlußfassung vorbehalten. Ferner macht der Redner darauf aufmerksam, daß bei dem Personal der Irrenanstalten die Kinderzulage immer noch nicht zur Anweisung gelangt ist.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Endlich einmal werden doch alle diese Kriegszulagen auch bezahlt werden müssen, und Herr Ritter soll ja nicht hoffen, daß dann das Reich und der Staat alles auf sich nehmen. Aus gutem Herzen würde jeder von uns gern mehr geben, aber wir haben auch auf unsere Mitbürger Rücksicht zu nehmen, die die Steuern aufbringen sollen. Das nötigt uns zu einer gewissen Beschränkung.

Die Anträge Koblentz werden abgelehnt. Stadtv. Wurm (Soz.): Den Hilfsarbeiterinnen im Bureau- und Kanzleibienst muß unbedingt eine größere Zulage als 15 M. gewährt werden, denn diese Kategorie bezieht schon seit Jahren äußerst geringe Gehälter. Die Verrückung auf die allgemeine Gehaltsregelung trifft hier nicht zu; je geringer das Gehalt, desto höher muß die Zulage sein. Andere Gemeinden gewähren hier weit höhere Gehälter und Kriegszulagen. Bei der enormen und täglich noch wachsenden Teuerung muß bei Gehältern, die mit 100 M. anfangen und nach 18 Jahren den Höchstlohn von 150 M. erreichen, eine größere Zulage gegeben werden. Man soll uns nicht mit dem Argument kommen, daß dann die ganze Vorlage gefährdet ist; wenn diese Vermehrung nur angewendet hat, was ihr der Magistrat vorlegt, so kann sie ihre Zeit nützlicher anwenden. Wenn solche Neuerungen anderen Parlamenten gegenüber gemacht werden, so pflegen sie manchmal auch Staatssekretären nicht gut zu bekommen. Wir beantragen, diesen Beamtinnen eine Zulage von 25, allermindestens aber von 20 M. zu gewähren.

Stadtschulinspektor bittet dringend, auch hier nicht über die Magistratsvor schläge hinauszugehen. Auch der Antrag Wurm wird abgelehnt; die Ausschussvor schläge gelangen durchweg zur Annahme.

Die am 1. Januar 1917 zu zahlende Winterunterstützung an die Armengeheimempfänger soll in Anbetracht der Kriegszulagen von 8 auf 10 M. erhöht werden; die Mehrausgabe beträgt 70 000 M. — Die Teuerungszulage zu dem Pflegegehalt

für Waisenkinder, die seit 1. Oktober 1915 gezahlt wird und zuzüglich für Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren 3 M., für Kinder von 2 bis 6 Jahren 1,50 M., für ältere Kinder 4,50 M. monatlich beträgt, soll auch über den 31. März 1917 hinaus für ein weiteres Jahr gezahlt werden und zugleich für die Kinder unter 6 Jahren eine Erhöhung um je 1,50 M. erfahren. Daraus erwächst eine Mehrausgabe von 75 000 M.

Beiden Vorlagen gibt die Versammlung ihre Genehmigung. Dem Verbands der Dentisten im Deutschen Reich e. V. will der Magistrat eine einmalige Beihilfe von 4000 M. zur Weiterführung seines Fortbildungsinstituts bewilligen.

Die Versammlung stimmt zu. Von den Stadtv. Barowski u. Gen. (Soz.) ist am 16. d. M. folgender Antrag eingereicht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, unerbittlich bei dem Herrn Polizeipräsidenten um Aufhebung der Verordnung vom 15. d. M., soweit sie sich auf Verkehrsbeschränkungen bezieht, vorstellig zu werden, weil diese nur einen verschwindenden Einfluß auf den Kohlenverbrauch der Elektrizitätswerke ausüben, dagegen ganz außerordentliche Erschwernungen für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung mit sich führen.

Von den Stadtv. Jacobi und Mommsen geht ein Gegenantrag ein, welcher bei der Durchführung der Verordnung Verkehrsbeschränkungen vermeiden wissen will, die die Aufrechterhaltung des notwendigen Verkehrs nach den Bahnhöfen, nach den Nachbarorten und die Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung gefährden.

Stadtv. Heimann (Soz.): Je größer die Erschwernisse und je härter die Beschränkungen sind, die die Kriegszeit dem einzelnen auferlegt, desto peinlicher mühen die Behörden bemüht sein, zu den großen schon zu tragenden Lasten nicht noch neue zu fügen, deren Unabwendbarkeit nicht vollkommen feststeht. Die Verkehrsbeschränkungen, welche der Polizeipräsident verfügt und sofort auch durchgeführt hat, greifen aus allerempfindlichste und in rein mechanischer Weise in die Lebensnotwendigkeiten weiter Kreise unserer erwerbstätigen Bevölkerung ein, während nennenswerte Vorteile ihnen nicht gegenüberstehen. Dieser tiefe Eingriff in unser ganzes Wirtschaftsleben darf nicht ohne den schärfsten Widerspruch hingenommen werden; darum bitten wir Sie um einstimmige Annahme unseres Antrages. Die Verfügung beruht auf einer Bundesratsverordnung, die eine Einschränkung des Kohlenverbrauchs bewirkt; mit den Beleuchtungsbeschränkungen werden sich alle Beteiligten abfinden müssen, so behauerlich namentlich auch die neue Gefährdung des schon so schwer belasteten Gastwirtsberufes ist. Aber die Kürzung aller Verkehrs-möglichkeiten um 1-1 1/2 Stunden wiegt unendlich viel schwerer. Die Einschränkungen in Groß-Berlin, einer wirtschaftlichen Einheit, die man nur aus politischen Gründen immer noch nicht aufgehoben, machen das Zufuhrende häufig direkt zur Unmöglichkeit. Nachdem Redner auf die Hunderttausende von Arbeitern in einfacher und doppelter Schicht, auf die Tausende von Angestellten im Zeitungsbetriebe, auf das Heer der Angestellten im Gastwirtsberuf und in den Bureaus, auf die Kerle, auf die schwerbehafteten von Bahnhof zu Bahnhof ziehenden Soldaten hingewiesen und hervorgehoben hat, daß z. B. das Fahren auf unseren öffentlichen Verkehrsanstalten keine Lustbarkeit ist, fährt er weiter aus: Es heißt die Kugen vor dem tausendfach verschlingenen Wirtschaftsleben Berlins verschließen, wenn man glaubt, einfach die Polizeistunde um 1 1/2 Stunde früher festsetzen zu können. Hier muß mit aller Kraft Wandel zu schaffen versucht werden, um so mehr, als der zu erzielende Nutzen minimal ist. Mit Genehmigung des Oberbürgermeisters haben mir die Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke die Auskunft gegeben, daß bei einer Gesamtkürzung von jährlich rund 300 Millionen Kilowattstunden auf die „Große Berliner Straßenbahn“ 75 Millionen entfallen; bei täglich 18-20 Stunden Betrieb macht eine Stunde Beschränkung 5 Proz. des Verbrauchs oder 1 Proz. des Gesamtverbrauchs aus. Auf den Kohlenverbrauch übertragen, macht das nur 1/3 Proz., ist also ohne jede praktische Bedeutung; statt 100 Wagen würden nur 99 1/3 verbraucht werden. In ziemlich hochfahrendem Tone hat ein Herr aus dem Kriegsstoffamt durch die Presse verkünden lassen, daß eine Milderung nicht zu erwarten sei, daß die Kohlenersparnis doch ganz bedeutend sei. Diese Behauptung ist ebenso falsch, wie die, daß die Arbeitsschichten sämtlich so lägen, daß die Arbeiter entweder schon oder noch mit der Straßenbahn fahren könnten. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat bei ihrer gegenseitigen Vertretung beim Polizeipräsidenten großes Entgegenkommen und Verständnis gefunden; die Tausende von Arbeitern, die in Neubölln wohnen, aber in Tegel und sonst im Norden Berlins arbeiten, müßten gerabzu unge-

heure Wege zu Fuß gehen. Ferner vorher erwähnte Herr hat schließlich gemeint, die Arbeiter, die wirklich nicht mehr fahren können, sollten dann einfach in Feldbetten auf der Arbeitsstätte übernachten. (Süß! Süß! und Weiterkeit.) Man muß sich als gewöhnlicher Sterblicher da doch an den Kopf fassen und fragen, wie es möglich ist, daß Männer, die sich so über alle einschlägigen Verhältnisse im Unklaren befinden, zur Mitwirkung an solchen Verordnungen an maßgebender Stelle berufen sein können. (Sehr gut!)

Zwölf Stunden nachher hat, offenbar von einer ihm übergeordneten Stelle, Wolffs Telegrammenbureau unter der Überschrift: „Verstärkte Verkehrsbeschränkungen“ eine Verordnungsnotiz veröffentlicht, wonach die Ermittlungen noch schweben, die Beschlüsse noch nicht endgültig seien, auch tunsicht keine Härten enthalten würden. Mehr wollen auch wir nicht. Ganz spatzlos ist also die Erregung der öffentlichen Meinung an den Behörden nicht vorübergegangen. Mit um so größerem Nachdruck muß nun der Magistrat sich dafür einsetzen, daß die berechtigten Interessen voll gewahrt werden. — Nun sehe ich nicht ein, weshalb durch den Antrag Jacobi, der doch dasselbe will wie der ursprüngliche, ein einheitliches Votum gestört werden soll. Nehmen Sie unseren Antrag einstimmig an! (Beifall.)

Oberbürgermeister Bermuth: Das Bestreben, den Kohlenverbrauch tief in der Hand zu behalten, muß von der Gemeinde durchaus unterstützt werden. Hier aber handelt es sich in der Tat um eine Maßregel, wo Ursache und Wirkung in überaus großem Mißverhältnis stehen. (Sehr richtig!) Bei dem gesamten Kohlenverbrauch Berlins macht die Ersparnis von 4000 Tonnen noch nicht 1 pro Tausend aus, dagegen sind die Ersparnisse des Verkehrslebens recht bedeutend. Nach einer ganz oberflächlichen Berechnung, die wir veranstaltet haben, ist auf der Straßenbahn der Verkehr noch außen in der Zeit von 11-11 1/2 Uhr auf dem Höhepunkt, er sinkt dann langsam bis 12 1/2 Uhr, so daß diese Zeit auch noch Berücksichtigung verdient, aber auch die späteren Zeiten darf man nicht beiseite setzen, denn da setzt gerade der Verkehr ein, von dem der Begründer des Antrags gesprochen hat, der Verkehr des Arbeiterstandes, des Zeitungsgewerbes und vieles andere mehr. Der Redner wird leider vielfach gemacht, diese Notwendigkeiten zurückzusehen hinter den Wunsch, die Vergünstigung einer dünnen Bevölkerungsschicht bekämpfen zu wollen; das passiert nicht nur Schriftstellerinnen, sondern manchmal auch Behörden (Weiterkeit). Mit großer Genugtuung hören wir von allen Seiten, daß der öffentliche Widerstand gegen unmögliche Verkehrsbeschränkungen schon eine rückläufige Bewegung der Engherzigkeiten herbeiführt hat. Wir haben allen Anlaß, das großstädtische Verkehrsinteresse auch während des Krieges maßgebenden Orts nachdrücklich zur Geltung zu bringen. (Beifall.)

Stadtv. Jacobi (Linke): Unser Antrag geht nicht auf Aufhebung der Verordnung, sondern auf Vermeidung von Erschwernungen der gedachten Art bei der Durchführung der Verordnung. Glauben Sie denn, daß der Polizeipräsident die Verordnung einfach aufheben wird? Wir müssen immer praktisch sein (Lachen bei den Soz.) und kommen sicher viel weiter, wenn wir unsere Wünsche zum Ausdruck bringen. (Fortgesetzte Zwischenrufe.) Wir halten diesen Weg für den richtigen und nähren damit auch der Bürgerschaft viel mehr. Die Aufhebung der Verfügung vom 15. Dezember ist schon deshalb unmöglich, weil sie auf einer Bundesratsverordnung beruht.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Mit einem hohen Protest gegen eine hohe obrigkeitliche Anordnung kommen wir nicht weiter. Sachlich stehen wir durchaus auf dem Standpunkt des Kollegen Heimann. Man hätte sich behördlicherseits freilich zuvor mit uns benehmen sollen. Hätte im Antrag Barowski gestanden „Aufhebung oder Abänderung“, so könnten wir ihm glatt zustimmen. Manche Fabriken werden übrigens tatsächlich die Arbeitszeit so legen können, daß die Arbeiter in ihren Fahrgelagenheiten nicht benachteiligt werden. Dem Magistrat können wir für seine Auffassung der Frage nur dankbar sein. Uebrigens sind auch 4000 Tonnen Kohlenersparnis in dieser Zeit kein Pappenstiel.

Stadtv. Max Schulz (Fr. Fr.) geht auf die Schwierigkeiten, die dem schon so bedrängten Gastwirtsberuf durch die neueste Verfügung erwachsen, näher ein und weist nach, daß diese für viele bisher noch notwendige aufrechterhaltene Betriebe geradezu ruinös wirken und den Zusammenbruch auf diesem Gebiete vollständig machen müssen. Es handle sich um eine ganz unumkehrbare Drangsalierung, speziell des kleinen Gastwirtsberufes.

Stadtv. Heimann: Nach der Rede des Oberbürgermeisters hätte ich eine Rede wie die des Stadtv. Jacobi nicht für möglich gehalten. Er hat in erster Reihe als Kommissar des Polizeipräsidenten gesprochen, was ich sehr lebhaft bedauere. Nach den vom Oberbürger-

Gesammelte Schriften von Marx und Engels.

II. Marx und das Balkanproblem.

Selten sind durchaus klare Grundanschauungen hervorragender Denker so völlig „umgebogen“, so unrichtig aufgefaßt und ausgelegt worden, wie die Ansichten von Marx und Engels über die Balkanfrage oder, wie sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts meist genannt wurde, die „Orientalische Frage“. Den Hauptanlaß zu dieser falschen Interpretation hat Wilhelm Liebknecht gegeben, der uns in seinen Erinnerungen an Marx diesen als einen Turfophilen schildert, der von David Urquhart, einem die Türkei aus eigener Anschauung kennenden schottischen Politiker, zu türkenfreundlichen Anschauungen bekehrt worden und gleich diesem ein Befürworter der Aufrechterhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel geworden sei. Marx hätte, erzählt Liebknecht, den Balkanländern jedes Recht auf ihre Befreiung aus der türkischen Herrschaft abgesprochen und über die „alberne Sentimentalität“ gespottet, „in jedem Hammeldieb, der mit der Türkei in Konflikt gerät, eine unterdrückte Nationalität“ zu erblicken.

In Wirklichkeit verhält es sich umgekehrt. Marx wie Engels halten die Aufrechterhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel nicht nur für einen großen politischen Fehler, sondern auch für undurchführbar. Die Befreiung der kleinen Balkanvölker galt ihnen bereits 1853 als historische Notwendigkeit. Aber ebenso erblickten ihnen eine dauernde politische Selbstständigkeit dieser kleinen Völker aus wirtschaftlichen, ethnischen und politischen Gründen als unmöglich. Der Balkan kann nach ihrer Ansicht nur in die kulturelle Entwicklung Europas einbezogen werden und für dieses seine Rolle als gefährdender Wetterwinkel verlieren, wenn ein kulturfähiges Volk auf dem Balkan die Oberhand gewinnt, also eine hegemonische Stellung erlangt — und dieses Volk können der ganzen Sachlage nach nur die Südslawen sein.

Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was Liebknecht uns auf Grund seines Verkehrs im Marx'schen Hause erzählt. Liebknecht hat die Marx'schen Darlegungen nicht nur umgebogen, er hat sie, indem er von seinen eigenen Auffassungen der Balkanfrage ausging und diese als gegeben annahm, direkt mißverstanden und ihnen unbewußt einen Sinn untergeschoben, den sie gar nicht hatten. Ein typisches Beispiel dafür, wie nicht selten Schüler ihre Meister interpretieren.

Freilich, schon in der erwähnten Artikelsammlung, die Eleanor Marx-Abeling unter dem Titel „The Eastern Question“ hat erscheinen lassen, finden wir nicht nur spöttische Aeußerungen über David Urquhart's Romantik, seine Einseitigkeit und Behaftung mit fixen Ideen, sondern Marx und Engels sprechen sich dort auch so deutlich über die Lage der Balkanbevölkerung aus, daß jedem, der diese Artikel der „Eastern Question“ las, starke Zweifel an Liebknecht's Aussagen aufstehen mußten. Wird doch gleich im vierten Artikel der Turfophilismus verhöhnt und über Urquhart gesagt:

Dieser seltsame Enthusiasmus erklärt sich aus den Schriften David Urquhart's, Esq., M. P. Dieser Gentleman von schottischer Geburt ging, ausgestattet mit mittelalterlich-patriarchalischen Erinnerungen an seine Heimat und mit einer modernen, britisch zugeschnittenen Bildung, nachdem er drei Jahre in Griechenland gegen die Türken gekämpft hatte, in deren Land und war da der erste, sich in sie zu verlieben. Der romantische Hochländer fand sich durchaus dabei in den Gebirgschluchten des Pinus und Balkans. Seine Werke, wenn gleich voll schätzungsreicher Mitteilungen, lassen sich in drei Paragrafen zusammenfassen, die, liberarisch eingeleitet, so lauten: Wenn Mr. Urquhart nicht britischer Untertan wäre, würde er entschieden vortreten, Türkei zu sein; wenn er nicht presbyterianischer Galvinit wäre, würde er sich zum Islam bekennen, und drittens, Britannien und die Türkei sind die einzigen Länder in der ganzen Welt, die sich der Selbstregierung wie der bürgerlichen und religiösen Freiheit erfreuen. Dieser selbe Urquhart nun ist seitdem zur großen orientalischen Autorität für alle englischen Liberalen geworden, die Palmetton widerstreben, und er ist es auch, der die „Daily News“ mit dem Material für ihre Lobreden auf die Türkei versorgt.

Es ist etwas schwer zu glauben, daß ein Marx, der so über die Turfomanie und ihren literarischen Vertreter Urquhart schreibt, selbst Turfophile gewesen sein soll. Uebrigens bestätigt eine lange Reihe anderer Stellen in den politischen Briefen der „Eastern Question“, daß Liebknecht sich unzweifelhaft gründlich geirrt hat. Aber die Artikel der „Eastern Question“ sind in englischer Sprache geschrieben, und überdies ist dies Buch in Deutschland wenig bekannt geworden, es mag also immerhin noch hingehen, daß nach dessen Erscheinen (1897) die Liebknecht'sche Auffassung der orientalischen Frage für marxistisch galt; nachdem aber 1913 der Briefwechsel zwischen Engels und Marx erschienen ist und sich zeigte, daß verschiedene der darin enthaltenen Briefe ähnliche Bemerkungen aufwiesen wie die Tribune-Artikel der „Eastern Question“, hätten eigentlich solche Mißverständnisse aufhören müssen. Dennoch haben wir erlebt, daß bis in die jüngste Zeit ein großer Teil unserer Parteipresse Ansichten

über den Balkan für „marxistisch“ gehalten hat, die mit der Marx'schen Auffassung ungefähr soviel zu tun haben wie Algäuer Käse mit der Algebra. Auch ein Artikel M. Njassonoff's in der „Neuen Zeit“ (Jahrgang 1909/10, 2. Bd., S. 4), der sich auf Grund einiger „Tribune“-Artikel gegen Liebknecht's Behauptungen wandte, hat im ganzen wenig Beachtung gefunden. Die Liebknecht'sche Auffassung paßt gar so schön zu der üblichen Meinung, auf dem Balkan müsse Ruhe herrschen, und die einzelnen Balkanstaaten hätten sich daher gefälligst zu verständigen und eine friedliche Balkan-Konföderation zu bilden.

Und wie um die angebliche Türkenliebe sieht es um die Behauptung, Marx und Engels hätten die Aufrechterhaltung des Statusquo auf dem Balkan für nötig gehalten. Auch diese angeblich marxistische Ansicht ist schon durch einige Artikel der „Eastern Question“ widerlegt worden; die neue Njassonoff'sche Artikelsammlung macht ihr völlig den Garaus. Immer wieder betonen Marx wie Engels, daß die Aufrechterhaltung des Statusquo, wie er zu Anfang des Krimkrieges bestand, unmöglich sei und die ganze politische Entwicklung eine Befreiung der kleinen Nationen auf dem Balkan dringend fordere. So heißt es, um nur ein Beispiel dafür anzuführen, in einem Artikel der „New York Tribune“ vom 7. April 1853 (I. Band, S. 145):

„Die Türkei ist der wunde Punkt des legitimistischen Europas. Die Impotenz des legitimistischen, monarchischen Regierungssystems hat sich stets seit der ersten französischen Revolution in dem einen Sach zusammengefaßt: den Statusquo aufrechtzuerhalten. In dieser allgemeinen Uebereinstimmung, die Dinge so zu belassen, wie sie durch Zufall oder ungeführt geworden sind, liegt ein Armutsergebnis, ein Eingeständnis der herrschenden Mächte, daß sie völlig unfähig sind, irgendwie den Fortschritt oder die Zivilisation zu fördern.“

... Doch die Türkei blieb ebenowenig in derselben Lage wie die übrige Welt; und gerade dann, wenn es der reaktionären Partei gelungen ist, den von ihr sogenannten Statusquo ante im zivilisierten Europa wieder herzustellen, entdeckt man, daß inzwischen in der Türkei der Statusquo sich sehr verändert hat; daß neue Fragen, neue Bedingungen, neue Interessen entstanden sind, und daß die armen Diplomaten dort von neuem beginnen müssen, wo sie vor acht oder zehn Jahren durch ein allgemeines Erdbeben unterdrückt worden. Den Statusquo in der Türkei erhalten! Ja, man könnte ebenso gut versuchen, den Kabaker eines toten Verdes immer genau in demselben Grade der Räumnis zu erhalten, in dem er sich befindet, ehe die vollständige Verwesung erfolgt.“

Dann wird in dem Artikel die Bevölkerungszusammensetzung des Türkischen Reiches geschildert, dessen Kraft in Kleinasien, in Anatolien, liege, und darauf heißt es:

wescher gegebenen Jochlen verheißt ich die Opposition gegen unseren Antrag nicht mehr. Sollen die Parteien gemildert werden, so ist doch die Aufhebung der Verfügung dafür die Voraussetzung; warum sträuben Sie sich also noch gegen unseren Antrag? Warum wollen Sie päpstlicher sein als das Ministerium des Innern? Die Taktik des Kollegen Jacobi wäre ganz verfehlt.

Stadt. **Mommsen** beantragt im Antrag Barlowski hinter „Aufhebung“ einzufügen „oder Abänderung“.

Stadt. **Hallenstein** und **Mommsen** erklären, für den Fall der Annahme dieses Einschließens und nur für diesen Fall den Antrag Jacobi zurückzuziehen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird dieser Zusatz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zum Antrag Barlowski beschlossen; der modifizierte Antrag Barlowski wird dann fast einstimmig angenommen.

Schluss 1/2 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Verkehrsbeschränkungen.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten Berlins hatten sich gestern zu den Verkehrsbeschränkungen zu äußern. Der sozialdemokratischen Fraktion war es zu danken, daß sie Gelegenheit dazu erhielten. Den von ihr gestellten Antrag, der die Aufhebung dieser das Erwerbsleben so jäher treffenden Maßregel anstrebt, begründete Genosse **Heimann**. Er legte dar, wie sehr unter den Verkehrsbeschränkungen die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat und wie gering dabei die von ihnen zu erwartende Kohlenersparnis ist. Oberbürgermeister **Wermuth** unterstützte die Ausführungen unseres Redners rückhaltlos. Aber die freisinnige Mehrheit unter Führung des Stadtverordneten **Jacobi** wandte sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten und ließ damit auch den Oberbürgermeister im Stich. Herr **Jacobi** bescheinigte unser Genosse **Heimann** nachher in seiner Erwiderung, daß jener wie ein Kommissar des Polizeipräsidiums gesprochen habe. Die Freisinnigen beschränkten ihre Wünsche darauf, daß nur der „notwendige“ Verkehr nicht gefährdet werden soll. Darüber, was „notwendig“ ist, gehen aber die Meinungen auseinander. Stadt. **Mommsen** beantragte schließlich, in den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einen Zusatz einzufügen, der die Forderung einer Aufhebung der Verordnung des Polizeipräsidiums abschwächt. Unter dem Widerspruch unserer Genossen wurde der Zusatz angenommen, und danach fand auch der so geänderte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eine Mehrheit. Er kann in dieser Form kaum noch als ein Einspruch gegen Verkehrsbeschränkungen gelten.

In derselben Sitzung wurde beschlossen über die aus dem Ausschuss zurückkommenden Magistratsanträge wegen Neuordnung der allgemeinen Kriegszulage für Arbeiter, Angestellte, Beamte usw. und wegen der besonderen Kriegszulage für ständige Bureauhilfsarbeiterinnen. Auch hier setzten die Freisinnigen durch, daß nicht „zuviel“ getan wurde. Der Ausschuss hatte die weitergehenden Forderungen der sozialdemokratischen Vertreter größtenteils abgelehnt, und auch im Plenum war gestern ein Mehr nicht zu erreichen. Den Ausführungen unserer Genossen **Koblentz**, **Ritter** und **Wurm** antworteten die freisinnige Mehrheit und der Magistrat mit einem glatten „Nein“. Bewilligt wurde nur, was der Ausschuss vorschlug.

Wo sind die Konserven geblieben?

Das Kriegsernährungsamt hatte „verordnet“, daß in der Zeit vom 20. Dezember bis 10. Januar, also drei Wochen lang Erbsen- und Spargelkonserven verkauft werden dürften, allerdings nur ein Hünstel der bei dem einzelnen Händler am 20. Dezember vorhandenen Vorräte, und, so bestimmte das Ernährungsamt weiter fürsorglich: es dürften an die einzelnen Personen nicht mehr als „täglich“ zwei Normaldosen verkauft werden. So glaubte man nämlich das Hamstern verhindern zu können. Also drei Wochen lang täglich zwei Normaldosen! Und

was geschah? Am ersten Tage waren schon nach wenigen Stunden sämtliche freigegebenen Konserven „vergriffen“. So behaupten die Verkäufer. Allgemein herrscht die Ansicht, daß auch in diesem Falle wieder zahllose Geschäftsleute die Büchsen für ihre zahlungsfähige Diebstahlsfondschafft auf die Seite gebracht haben. Andere werden sie, wie bei so vielen anderen Dingen, dem Verkehr entzogen haben, um sie zur geeigneten Zeit zur Verhöhnung der Höchstpreise unterirdisch zu verkaufen. Wie wäre es aber erst gekommen, wenn der Magistrat der Verordnung des Kriegsernährungsamts nicht die schlimmsten Giftzähne herausgehoben hätte, indem er nur einmalige Vergabe einer Zweipfunddose auf jeden Brotartenabschnitt zuließ! Wie diese Verordnung zustande gekommen ist, darüber verbreitet das „Berliner Tagebl.“ ein wenig Licht. Danach ist die „Kriegskonservenvereinsgesellschaft“ in Braunschweig von dem Beschluß des Kriegsernährungsamts vollständig überrascht worden. Alle Sachverständigen sind mal wieder als Luft behandelt worden.

Wenn man die Frage nach dem Verbleib der so schnell verschwundenen Konserven beantwortet hat, möge man sofort an die Lösung des Rätsels gehen, wo bisher die Konserven gesteckt haben, die in den letzten Tagen vor Weihnachten plötzlich überall auftauchten, um zu 4.60 bis 5.20 M. verschachtet zu werden? Man weiß, daß jetzt jede Hausfrau zur Bereitung eines Bäckchens Weihnachtskuchen gezwungen ist, für Konserven einen Preis zu zahlen, den sie vor Wochen und Monaten unter keinen Umständen gegeben hätte. Dabei besteht eine scharfe Strafvorschrift gegen das Zurückhalten der Waren aus dem Handel. Es kann nicht schwer sein, die Stelle zu ermitteln, die die Konserven bis jetzt zurückgehalten hat, und ebenso kann leicht festgestellt werden, wer die ungeheuerliche Sinaufschraubung der Preise verursacht hat.

Der Obst-Steuer.

Auf kaum einem Gebiet der Lebensmittelversorgung hat die öffentliche Organisation so verlagert wie auf dem des Obsthandels. Man bedenke: Deutschland hat eine Rekorderte an Obst gehabt. Die Bäume hogen sich unter der Last der Früchte. Und trotzdem: unerhörte Wucherpreise auf der ganzen Linie! Dabei fortwährend Verfügungen der zentralen und lokalen Stellen, Verschlagnahmeerlasse, Höchstpreise und sonstige wohlgemeinte Maßnahmen, durch die die Produzenten und Händler aller Orten wie Fische durch zerrissene Netze glatt und bergnügt hindurchschlüpfen. Ein Schauspiel zum Lachen, ginge es nicht um eine so ernste Sache!

Die Behörden sind ratlos. Wein doch! Jetzt endlich hat man zwölf Spreekähne mit Kesseln beschlagnahmt, weil die Händler das Pfund zu einer Mark verlaufen. Die obshungrige Bevölkerung aber vernimmt die frohe Botschaft: „Die Preisprüfungsstelle will ihre Revisionen auch auf die Markthallen und Kleinhändler ausdehnen.“

Nachdem die Preisprüfungsstelle erst kürzlich dem berechnlichen Publikum den Mund wässrig gemacht hat mit „Lafeläpfeln“ das Pfund zu 85-86 Pf., mit dem erstaunlichen Erfolg, daß in jedem mit einer Fülle von verlockenden Früchten ausgestatteten Obstladen die erbärmlichsten grünen und verhäpkelten kleinen Kochäpfel zu 70 Pf. und die bescheidenste Mittelware zu 80 Pf. bis 1.20 M. und darüber angeboten wurden, wird die Preisprüfungsstelle wohl nicht erwarten, daß man sich von ihrer neuen Ankündigung irgend einen Erfolg verspricht. Nichts aber wäre leichter, als diesem Zustand, und zugleich dem des ebenso schlimmen Gemütschwachs, ein Ende zu machen. Man setze endlich eine wirksame polizeiliche Exekution hinter die papiernen Verfügungen!

Ist die jegige Praxis nicht ein Hohn auf alle behördliche Autorität! An den Anschlagtafeln erscheinen Höchstpreisfestsetzungen; man liest sie und geht an den Schaufenstern vorbei, um sich zu überzeugen, daß die Preisauszeichnungen nach wie vor — doppelt und dreifach so hoch sind. — Man mache doch jedem Schuldman zur Pflicht, bei Begehung seines Bezirgs die betreffenden Geschäfte ständig unter Kontrolle zu halten. Zur Erleichterung dieser Kontrolle verlange man, daß jeder Händler nicht nur ein Preisverzeichnis aushängt, sondern jede Ware mit Preistafeln versehen. Dann ist die polizeiliche Kontrolle mit einem

Blid erledigt. Dieser regelmäßige prüfende Blid aus dem „Auge des Gesetzes“ wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Natürlich werden sich geriebene Leute dann bemühen, Waren zu verbergen und nach auswärts auf glänzige Märkte zu schaffen. Gründliche Durchsuchungen und Beschlagnahmen können das zwar zum Teil hindern; radikale Abhilfe kann aber nur geschaffen werden, wenn an allen Plätzen die Preise in gleicher Weise reguliert und ihre Innehaltung kontrolliert wird. Geschließt das nicht, fährt man fort, nur mit papierernen Maßnahmen zu operieren, so wird nach wie vor empörende Profitgier auf Kosten der Volksernährung und Volksgesundheit seine Triumphe feiern. Bei einer solchen gründlichen Ueberwachung der Preise muß es auch leicht sein, bei jeder künstlich verteuerten Ware den Schuldigen zu ermitteln, indem man bei der Prüfung der Rechnungen vom Kleinhändler angefangen rückwärts zum Zwischenhandel, zum Großhandel und zum Produzenten geht. Der oder die Schuldigen müssen dann derart gefaßt werden, daß ihnen und zugleich allen anderen die Lust zum Kriegswucher gänzlich vergeht.

Verhugungspulver.

Der „Deutschen Städte-Korrespondenz“ wird von zuständigen Seite geschrieben:

Gegenüber anders lautenden Mitteilungen, die durch die Presse laufen, muß erneut betont werden, daß das Berliner Polizeipräsidium durchaus nicht auf dem Standpunkt steht, das gewerbliche Leben müsse sich nach den Verkehrsbeschränkungen richten. Insbesondere ist es nicht zutreffend, daß man an amtlicher Stelle verlangt, daß sämtliche Fabriken und Betriebe ihre Nachtschichten und Arbeitszeiten gänzlich aufheben lassen oder anders legen. Der Sinn der ganzen Beschränkungen, bei der ja übrigens das Polizeipräsidium durchaus nicht Schöpfer der Verordnung, sondern lediglich Exekutivorgan ist, geht nur dahin, daß diejenigen Fahrten auf der Straßenbahn unterbleiben, die nicht unbedingt notwendig sind. Wo Arbeiter in Fabriken tätig sind, die entweder für das Meer oder für die Kriegswirtschaft hinter der Front arbeiten, wird ihnen, wie schon mitgeteilt, Gelegenheit geboten werden, auch nach Durchführung der Verkehrsbeschränkungen ihren Weg zu und von der Arbeitsstätte bequem zu durchmessen. Es ist ein Unbild zu glauben, daß das Polizeipräsidium solchen und anderen Nachtarbeitern, deren Tätigkeit notwendig ist, die Gelegenheit zu frühem und bequemem Nachhausekommen nehmen will. Zu diesen Nachtarbeitern gehören auch die Angestellten der Zeitungsbetriebe. Von einer Abfahrt, den Zeitungen grundsätzlich einen zwölf-Uhr-Arbeits-schluß anzubefehlen, kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil ja dann für die Beförderung der im Zeitungsbetriebe Tätigen demnach Spätwagen notwendig wären. Die ganze von der Polizei auszuführende Regelung der Bundesratsverordnung läßt sich in die kurze Formel zusammenfassen, daß der regelmäßige Verkehr zwischen zwölf und eins zu Ende sein soll, während für die Nachtarbeiter, aber auch nur für die, besondere Verkehrsmöglichkeiten weiter bestehen sollen.

Widerung des Sparzwanges für Jugendliche.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat unter Aufhebung seiner früheren Bekanntmachungen angeordnet, daß ab 1. Januar jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst, gleichgültig ob dieser nach Zeitlohn, Stücklohn oder auf andere Weise errechnet ist, für jede Woche nicht mehr als vierundzwanzig Mark und außerdem ein Drittel des vierundzwanzig Mark übersteigenden Betrages ausgezahlt werden darf. Dabei sind ergebende Beträge von weniger als einer Mark ebenfalls bar auszugeben. Bisher durften nur 18 Mark ausgezahlt werden. Die Änderung wird begründet mit der verteuerten Lebenshaltung.

Waterländischer Hilfsdienst.

In dem Anzeigenteil der heutigen Nummer des „Vorwärts“ finden die Leser eine Aufforderung des Stellvertretenden General-kommandos zur freiwilligen Meldung zum Waterländischen Hilfsdienst. Zum Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet ist jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienst in der bemanneten Macht einberufen ist. Ein Zwang zum Hilfsdienst wird nur erfolgen, wenn der Bedarf nicht durch freiwillige Meldungen gedeckt werden kann. Es können sich auch nichthilfsdienstpflichtige Personen freiwillig melden, auch weibliche. Die Meldungen können bei den Dienststellen schriftlich angebracht werden, bei der der Betreffende auf Grund seiner beruflichen oder früheren militärischen Ausbildung einzutreten gedenkt. Die Entlohnung erfolgt auf Grund freier Arbeitsverträge nach den örtlichen Sätzen, sofern in den Betrieben nicht bereits bestimmte Sätze bestehen. Der Hilfsdienst kann auch

Der wirklich strittige Punkt ist immer die europäische Türkei, die große Halbinsel südlich der Save und der Donau. Dieses herrliche Gebiet ist so unglücklich, von einem Konglomerat der verschiedensten Rassen und Nationalitäten bewohnt zu werden, über die es schwer ist zu sagen, welche von ihnen die für Zivilisation und Fortschritt am wenigsten befähigte ist, Slawen, Griechen, Rumänen, Armenen werden, 12 Millionen an der Zahl, von einer Million Türken in Untertänigkeit erhalten, und bis vor kurzem schien es zweifelhaft, ob nicht unter all diesen verschiedenen Rassen die Türken die geeignetsten seien, die Oberherrschaft zu behaupten, die in einer so gemischten Bevölkerung nur einer dieser Nationalitäten zufallen konnte. Doch wenn wir sehen, wie jämmerlich alle Anläufe zur Zivilisation seitens der türkischen Regierung scheiterten, wie der Fanatismus des Islam, hauptsächlich von dem türkischen Mob in einigen großen Städten getragen, sich die Hilfe Oesterreichs und Russlands stets nur zu nütze gemacht hatte, um wieder zur Macht zu gelangen und einen etwaigen Fortschritt wieder zu vernichten; wenn wir die Zentrale, das ist die türkische Regierung, Jahr für Jahr durch Aufstände in den christlichen Provinzen geschwächt sehen, von denen keiner, dank der Schwäche der Flotte und der Intervention der benachbarten Staaten, ganz erfolglos ist; wenn wir Griechenland durch Russlands Unabängigkeit erringen sehen, Teile von Armenien durch Russland erobert, die Moldau, die Balachei, Serbien nacheinander unter das Protektorat von Russland gestellt sehen, so werden wir zugeben müssen, daß die Anwesenheit der Türken in Europa ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der Hilfsquellen der tralisch-äthrischen Halbinsel bildet.

Ähnliche Ausführungen findet man in anderen Artikeln der „New York Tribune“. In einem vierzehn Tage später von der „Tribune“ veröffentlichten Artikel hält Engels sogar die Befreiung der kleinen Balkanvölker von der Türkenherrschaft für so nötig im Interesse der politischen Entwicklung Europas, daß er selbst dann, wenn die Lösung der Balkanfrage zu einem Völkerkrieg führen sollte, einen solchen Krieg mit in Kauf nehmen will.

Die Befreiung der verschiedenen Nationalitäten der Balkanhalbinsel gilt Marx und Engels eben für so unvermeidlich, daß sie mit Sicherheit voraussehen, diese Befreiung müsse und werde kommen — so oder so. Was in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Tatsache geworden ist, wurde schon 1853/54 von ihnen als Notwendigkeit des geschichtlichen Entwicklungsprozesses erkannt. Aber es fiel ihnen durchaus nicht ein, wie noch heute so manchem unserer Bulgarmarxisten, von einer völligen staatlichen Selbständigkeit der kleinen Balkannationen und ihrer Vereinigung zu einem Staatenbund zu träumen. Sie beurteilten die Sachlage schon damals viel zu realistisch, sahen zu deutlich die ethnisch-

nationalen, wirtschaftlichen, religiösen Gegensätze, um sich solchen Illusionen hinzugeben. Ein wirklicher Entwicklungsschritt ist nach ihrer Ansicht nur möglich, wenn die Kulturfähigkeit, fräftigste der Nationen auf dem Balkan die Oberherrschaft erlangt und die anderen mitzieht. Diese Nation kann aber nicht das Volk der Walachen sein, auch nicht der Griechen, und noch weniger der Montenegriner oder Albanen, sondern lediglich die Südslawen. Deshalb? Erstens weil, wie in dem Leitartikel „Was soll aus der europäischen Türkei werden?“ („New York Tribune“ vom 21. April 1853) ausgeführt wird, die Balkanhalbinsel das natürliche Erbteil der südslawischen Rasse sei, diese Rasse die Mehrzahl der Bevölkerung ausmache und bodenständig sei, das heißt meist Ackerbau treibe, ferner aber weil sie die relativ größten kulturellen Fortschritte gemacht habe.

Und dieses südslawische Reich wird, wenn es auch zunächst wahrscheinlich in Rußland seinen Befreier sehen wird, doch aus dem Zwang der Verhältnisse heraus, da Rußland nach dem Besitz von Konstantinopel trachtet, in einen Gegensatz zu der russischen Politik geraten und gezwungen sein, sich an Mittel- und Westeuropa anzulehnen. Zudem sprechen wichtige wirtschaftliche Gründe mit:

„Wegen auch Untertänigkeit und gemeinsame Religion noch so viele Bande zwischen Russen und Südslawen knüpfen, ihre Interessen werden dennoch von dem Tage an auseinandergehen, wo sich die letzteren befreien. Die kommerziellen Bedürfnisse, die aus der geographischen Lage der beiden Länder hervorgehen, mache dies erklärlich. Rußland, das kompakte Binnenland, erzeugt heute vorwiegend agrarische Produkte, viel-eicht später auch einmal Industrieerzeugnisse. Die griechisch-slawische Halbinsel ist zwar von drei Meeren umspült, deren eines sie beherrscht. Sie ist hauptsächlich ein Handelsland mit Transitverkehr, wiewohl sie auch selbst Fähigkeiten zu unabhängiger Produktion besitzt. Rußlands Wirtschaft ist auf das Monopol, die der Südslawen auf die Expansion gerichtet.“

Und indem Engels auf das Interesse der Südslawen an einer Handelsverbindung Westeuropas mit Asien über den Balkan hinweist, fährt er fort: „Wie wäre es also möglich, daß diese beiden Nationen übereinstimmen? Türken und Südslawen haben tatsächlich mehr gemeinsame Interessen mit Westeuropa als mit Rußland.“

Dieses südslawische Balkanreich denken sich freilich Marx und Engels als eine Vereinigung der serbischen mit den bulgarischen Slawen, und zwar ist Engels zunächst der Meinung, daß in diesem Reiche die Serben eine führende Stel-

lung einnehmen werden. Als sich dann jedoch Serbien in den nächsten Jahrzehnten immer mehr hinter russischen Einfluß stellt und den russischen Agenten auf dem Balkan spielt, beurteilen sie dessen geschichtliche Rolle weniger optimistisch. Nachdem Serbien im Juli 1876 die Türkei angegriffen und eine Niederlage erlitten hatte, schreibt Engels an Marx (Briefwechsel IV. Bd., S. 380):

„Der Kollaps der Serben ist fatal, die Kampagne war angelegt auf die totale Inflation der Türkei und überall ist der Brennstoff nah — Montenegro verrät sie für Privat-zwecke, Bosnien will erst recht keinen Aufstand machen, seit Serbien es befreien will, und die braven Ungarn rühren keinen Finger. Die serbische Freiheitsarmee muß auf ihre eigenen Kosten leben und nach praktischer Offensiv, ohne irgendetwas ernstlich geschlagen zu sein, zurück ins Räuberloch.“

Würden Marx und Engels den heutigen Kampf auf dem Balkan erlebt haben, so würden sie — das geht mit völliger Sicherheit aus ihrer Auffassung hervor — für die Errichtung eines großen Bulgarenteichs eintreten, das über die kleinen Balkanstaaten die Hegemonie besitzt.

Aber wie stimmt das mit dem Recht der Völker auf nationale Selbständigkeit zusammen, das der Bulgarmarxisten vertritt und das aus diesem auch in die Erklärung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 übergegangen ist? Nun, dieses angebliche Recht paßt zu der Marx'schen Auffassung der Balkanfrage ungefähr wie die Faust aufs Auge. Marx und Engels haben dieses Recht nie anerkannt, sondern im Gegenteil verpöhtet. Sie anerkannten nur ein historisches, das heißt ein sich im geschichtlichen Werdeprozeß mit innerer Notwendigkeit durchsetzendes Recht, kein aus irgend welchen naturrechtlichen Voraussetzungen abgeleitetes besonderes National- oder Völkerrecht.

Man sieht, die Marx-Engels'sche Auffassung der Balkanfrage steht zu der Balkanpolitik, wie sie unsere Parteipresse vor den Balkankriegen von 1912/13 und dem jetzigen Völkerkrieg getrieben hat, in schärfstem Widerspruch. Und ähnliche Widersprüche finden wir in anderen Fragen. Darin aber liegt für die heutige deutsche Sozialdemokratie die eigentliche Bedeutung dieser neuen Marx-Engels-Ausgabe — nicht in der Tatsache, daß sie uns durch ihre Artikel eine entzündende Geschichtsperiode ins Gedächtnis zurückruft. Sie zeigt uns, wie Marx auf Grund seiner sozial- und geschichtstheoretischen Auffassungen die damaligen Weltereignisse sah und setzt damit wenigstens teilweise wieder den wirklichen Marx an die Stelle des Marx der vulgärmarxistischen Legende.

Seinrich Cunow.

Vaterländischer Hilfsdienst

Aufforderung des Kriegsammtes zur freiwilligen Meldung
gem. § 7, Abs. 2 d. Gesetzes für den Vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das stellv. Generalkommando des III. (Brandenburgischen) Armeekorps bekannt:

I. Als vaterländischer Hilfsdienst gilt jede Beschäftigung bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegsführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben. Ein Zwang zum Hilfsdienst wird nur ausgeübt, wenn der Bedarf nicht durch freiwillige Meldungen gedeckt werden kann.

Verpflichtet zum Hilfsdienst während des Krieges ist jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen ist.

Freiwillig melden können sich für den Hilfsdienst alle vorbezeichneten männlichen Personen ohne Rücksicht darauf, ob sie hilfsdienstpflichtig sind oder nicht, sowie weibliche Personen.

II. Zunächst werden zum Austausch von Militärpersonen bei den heimatischen Militärbehörden und militärischen Einrichtungen im Bereich des III. Armeekorps auf folgenden Gebieten des Militärdienstes Hilfskräfte gebraucht:

a) im **militärischen Sicherheitsdienst**, also zur Bewachung von Gefangenen, wichtigen militärischen Dienstgebäuden und Eisenbahnen. Meldung bei den Garnisonkommandos oder bei den örtlichen Gemeindebehörden.

Zu diesem Dienst sind besonders ehemalige Soldaten, Mitglieder von Schützenvereinen, also solche Männer geeignet, die mit der Schusswaffe umzugehen wissen.

b) auf den **Bekleidungskammern** der Truppen und Bezirkskommandos zum Ordnen und Reinigen der Bestände. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Truppen und Bezirkskommandos.

c) in den **Küchen** der Truppen und Lazarette zum Kochen und den dazu gehörigen Hilfsarbeiten. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Truppen und Lazaretten.

d) in den **Handwerkstuben** der Truppen zur Ausbesserung der Bekleidung. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Truppen.

e) in den **Waffenmeistereien** zum Ausbessern der Waffen. Meldung bei den Truppen.

f) in den **Garnisonwäschereien**. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Garnisonverwaltungen (Garnisonverwaltungen befinden sich in jedem Standort, in dem im Frieden Truppen liegen).

g) im **Krankenwardienst** der Lazarette. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Lazaretten.

h) bei den **Artillerie- und Traindepots** zum Ordnen und Instandhalten von Waffen, Munition und Heeresgerät. Besonders kräftige Männer, aber auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Artillerie-Depots Brandenburg a. S., Cüstrin, Frankfurt a. D., Jüterbog, Spandau, den Nebenartilleriedepots Landsberg und Perleberg und dem Traindepot in Spandau.

i) bei den **Proviantämtern, Proviantdepots und Ersatzmagazinen** zur Einnahme, Bearbeitung und Ausgabe der Lebensmittel. Besonders kräftige Männer, aber auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Proviantämtern Beeskow, Brandenburg a. S., Cüstrin, Frankfurt a. D., Fürstenwalde (Spree), Jüterbog, Landsberg a. B., Perleberg, Rathenow, Schwedt a. D., Spandau.

k) in den **Geschäftszimmern** sämtlicher Stäbe und Behörden als **Schreiber, Maschinenschreiber und Stenographen** sowie im **Fernsprechdienst**. Auch weibliche Hilfskräfte erwünscht. Meldung bei den Stäben und Behörden.

l) bei dem stellv. Generalkommando des III. Armeekorps als **Steindrucker, Setzer und Maschinenmeister**. Meldung bei der Registratur, Berlin W 10, Genthiner Str. 2.

m) in allen **Geschäftszimmern** als **Ordonanzen und Boten**. Meldung bei den Stäben und Behörden.

Der Bedarf bei weiteren militärischen Dienststellen und Betrieben wird später bekanntgegeben.

III. Die Hilfsdienstpflichtigen haben sich in der Regel unmittelbar bei den unter Ziffer II genannten Dienststellen (Bedarfsstellen) berufs Verwendung in solchen Dienstzweigen zu melden, zu welchen sie nach ihrer Vorbildung, ihrem bisherigen Beruf oder früherer militärischer Verwendung am besten geeignet zu sein glauben. Es können aber auch Meldungen bei den militärischen Meldeämtern, Hauptmeldeämtern, Bezirkskommandos und Garnisonkommandos oder — soweit keine militärische Dienststelle am Ort ist — bei den Gemeindebehörden erfolgen, die die Anmeldungen sofort an die nächstgelegenen Bedarfsstellen weiterzugeben haben.

Die Meldungen sind am besten bei der Dienststelle, bei welcher Beschäftigung gesucht wird, oder auch bei den Gemeindebehörden, zunächst möglichst **schriftlich anzubringen und müssen enthalten:**

- Vor- und Zuname,
- Geburtsort, -Tag und -Jahr,
- Beruf,
- etwaige frühere militärische oder zivildienstliche Verwendung,
- in welchem Dienstzweig } Beschäftigung gesucht wird,
- bei welcher Dienststelle }
- ob der Bewerber auch mit Verwendung außerhalb des Bereichs des III. Armeekorps einverstanden ist,
- Wohnort mit Straße und Hausnummer,
- ob ehrenamtliche Beschäftigung (ohne Besoldung) oder solche mit Besoldung gewünscht wird. (Siehe IV).

(Ein an den Gesuchsteller adressierter Briefumschlag [ohne Marken] für die Antwort ist beizulegen).

Beifügung von Empfehlungsschreiben und polizeilichen Führungszeugnissen — aber nur in Abschrift — beschleunigt die Einstellung. Auf Rückgabe dieser Abschriften ist nicht zu rechnen.

Zur persönlichen Vorstellung bei einer militärischen Dienststelle haben die Bewerber möglichst Ausweise über ihre frühere Tätigkeit (Militärpapiere, Arbeitszeugnisse usw.) mitzubringen.

Soweit bereits vor Erlass dieses Aufrufes an einzelne Behörden (Kriegsministerium, stellv. Genkdo. III. A. K. usw. Bewerbungen um Beschäftigung im Hilfsdienst gerichtet worden sind, werden die Gesuchsteller gebeten, ihre Bewerbungen noch einmal unter Beachtung der vorstehenden Weisungen unmittelbar bei den Dienststellen, bei denen Beschäftigung gesucht wird, zu wiederholen.

IV. Die Entlohnung der Hilfskräfte erfolgt vorläufig auf Grund freier Arbeitsverträge nach den ortsüblichen Sätzen, soweit nicht in einzelnen Militärbetrieben bereits bestimmte Sätze von der Militärverwaltung festgesetzt sind.

Alle Arten von Hilfsdienst können auch unter Verzicht auf Entlohnung (ehrenamtlich) ausgeübt werden. Derartige Wünsche sind in den Bewerbungen ausdrücklich zu vermerken. Die Versicherungsbedingungen und die rechtliche Stellung regeln sich bis zum Erlass endgültiger Bestimmungen entsprechend diesem Arbeitsverhältnis.

V. **Abzeichen des Hilfsdienstes.** Alle bei militärischen Behörden und militärischen Einrichtungen beschäftigten Hilfskräfte tragen eine schwarz-weiß-rote Armbinde mit Stempel und der Aufschrift: „Vaterländischer Hilfsdienst“. Außerdem erhalten sie einen schriftlichen Ausweis der militärischen Dienststelle, die sie angestellt hat.

VI. Mit vorstehendem Aufruf richte ich die Aufforderung an die unter I. bezeichneten Personen, sich zunächst freiwillig gegen Entlohnung oder ehrenamtlich zum Vaterländischen Hilfsdienst anzumelden. Auch diejenigen, die nicht sofort in den Hilfsdienst eingestellt werden können, sondern Einberufung für spätere Zeit abwarten müssen, sind für ihre sofortige Bereitwilligkeitserklärung des Dankes des Vaterlandes sicher.

Ein jeder möge dessen eingedenk sein, daß jede einzelne Hand, die im Vaterländischen Hilfsdienst tätig ist, in ihrem Teile dazu beitragen wird, unseren an den Fronten kämpfenden Männern einen großen Dienst zu erweisen und das Feldheer zu stärken.

Ich wende mich mit diesem Aufruf zur Anmeldung an die stets bewährte Vaterlandsliebe der Brandenburger, die immer in trüben und sonnigen Tagen dem Ruf ihres Markgrafen, Königs und Kaisers in alter märkischer Treue gefolgt sind.

Berlin, den 20. Dezember 1916.

Stellvertretendes Generalkommando III. Armeekorps.

Der kommandierende General.

v. Derzen

General der Infanterie.

ehrenamtlich, unter Verzicht auf Entlohnung ausgeübt werden, was in den Verordnungen angegeben ist. Alles Nähere wolle man aus der Anzeige in der heutigen Nummer ersehen.

Der teure Weihnachtsbaum. Man schreibt uns: Teurer Gänsebraten und teurer Weihnachtsbaum! Die „gut gebratene Gans“ kann sich nur ein Krösus leisten. Mit dem Tannenbaum, der so ziemlich den letzten Rest der ehemaligen Weihnachtsfreude verkörpert, scheint's ähnlich zu sein. Wir haben heute Bäume, die 3, 4 und 5 M. kosteten, teilweise noch mehr. Und was für Jammergestalten! Die Zweige zerbröckelt oder so dünn gefügt, wie die Haare auf manchem Kopfe. Die sind ja alle kriegsdenkmalartig, drückt sich der Volkswitz aus. Aber trotzdem, man reißt sich drum — wenigstens diejenigen, die's dazu haben! Die meisten dagegen können sich eine so teure Weihnachtsfeierlichkeit nicht leisten. Ein Baum nach dem anderen wird ausgelacht — alles unerlöschlich. Schimpfworte werden laut, wenig schmeichelhaft für die Händler und — Behörden. — Läßt sich dagegen nichts tun? Sind die Zufuhren so gering, daß die wilde Spekulation platzgreifen kann? Hoffentlich gelingt es noch im letzten Augenblick, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß auch der Winderbittelte seinen Weihnachtsbaum haben kann.

Soweit die Zufuhr. Unseres Wissens ist die Zufuhr der Weihnachtsbäume wegen plötzlich eingetretener Transportschwierigkeiten in den letzten Tagen allerdings ins Stocken geraten. Ob es möglich sein wird, Abhilfe zu schaffen, läßt sich noch nicht sagen. Jedenfalls wäre es dringend zu wünschen, daß die Behörden das Publikum vor unverdächtigem Preisstreben der Spekulanten in Schutz nehmen.

Winteranfang ist am heutigen Freitag, den 22. Dezember. Da ein Jahr nicht genau 365, sondern 365 1/4 Tage dauert, so verschiebt sich der Winteranfang von Jahr zu Jahr um diesen 1/4 Tag. Im fünften Jahr beginnt wegen Einfügung des Schalttages der Reigen von neuem. Weisens fällt Winteranfang auf den 22., alle vier Jahre aber auf den 23. Dezember.

Auch eine „Frau vom Meere“. Abenteuerlust hat eine 23 Jahre alte Räte G. auf die schärfste Bahn gebracht. Sie diente im August einige Tage bei einem Arzt in der Vergstraße zu Neudöln. Eine unwillkürliche Reizung zu den Seelenten aber zog sie schon länger nach der Wasserfront. Nur hatten ihr bisher die Mittel zur Reize gefehlt. Bei dem Arzte entdeckte sie nun, daß in einem verschlossenen Schränkchen 600 M. aufbewahrt wurden. Noch nicht acht Tage im Dienste, erbrach sie das Kästchen, eignete sich das Geld an, fuhr gleich nach Berlin und lebte sich vom Kopf bis zu den Füßen neu ein. Dann fuhr die Abenteuerin nach Bremen und von dort nach Hamburg. Hier wohnte sie einige Stunden bei einer Frau in der Ferdinandstraße. Einen Augenblick allein gelassen, stahl sie dieser 250 M. und verabschiedete wieder. Das einzige Verhängnis der Reize bestand für die Diebin darin, daß sie Bekanntschaft mit Matrosen suchte und diese frei hielt. Nachdem sie noch eine kleine Spritztour nach Zarnowitz und Breslau gemacht hatte, ging das Geld auf die Reize und sie kehrte nach Neudöln zurück. Hier hatte die Kriminalpolizei sie bald gefaßt und brachte sie nach dem Untersuchungsgefängnis.

Mit gefüllten Lotterielosen „arbeitet“ ein Schwindler in verschiedenen Stadtvierteln. Am 17. d. Mts. ist die Ziehungsliste der Roten-Kreuz-Lotterie herausgekommen. Der Schwindler hat nun

nachgesehen, welche Lose mit einem Gewinn gezogen worden sind und hiernach die Nummern auf Karten gefälscht. Diese Fälschungen legt er in Lotteriegeldkästen vor mit der Bitte, ihm den Betrag auszusahlen, weil er Geld brauche.

Auffassend viele Einbrüche und Diebstähle haben in jüngster Zeit in der Schivelbeiner Straße stattgefunden. Der letzte Fall trat sich in der Wein- und Lidorhandlung von Sello zu, die Mittwoch früh von einem Einbrecher heimlich durchdrungen wurde. Nach einer aufregenden Jagd über die Haus- und Bodentreppe gelang es, den Täter zu verhaften.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch die Jahresabschlüsse des Deutschen Opernhauses und des Schiller-Theaters für 1915/16. Aus den Abschlüssen ergibt sich, daß keines der beiden Kunstsinstitute imstande ist, für das Geschäftsjahr 1915/16 die Pacht zu entrichten, da sich ein bilanzmäßiger Reingewinn nicht ergibt. Im Gegenteil, die Bilanz des Opernhauses weist noch einen Fehlbetrag von rund 88 000 M. auf. Dieser Fehlbetrag ist auf eine wesentliche Vermehrung der Ausgaben zurückzuführen. Allein das Gagenkonto ist um mehr als 200 000 M. erhöht, die Teuerungszulagen betragen 42 000 M., die allgemeinen Inkosten sind um 40 000 M. gestiegen. Demgegenüber ergibt sich allerdings auch bei den Einnahmen eine Steigerung um rund 230 000 M., aber trotzdem bleiben die Einnahmen immer noch um 300 000 M. hinter den Einnahmen des dem ersten Kriegsjahr vorausgegangenen Spieljahres zurück. Auch auf die Einnahmen des Schiller-Theaters wirkt der Krieg noch sehr erheblich ein, die Reineinnahme beträgt allerdings rund 50 000 M., sie wird aber voll aufgewogen durch erhöhte Gagen.

Einstimmig genehmigte die Versammlung die Beschlüsse des Ausschusses betreffend Teuerungszulage und betreffend Gewährung eines Kriegslohnzuschlages sowie einer einmaligen Kriegsteuerungszulage. Der Ausschuss ist über die Vorlage des Magistrats insofern hinausgegangen, als er die einmalige Kriegsteuerungszulage für Unverheiratete von 40 auf 50 M., die für Verheiratete von 100 auf 120 M. erhöht hat. Außerdem richtete er an den Magistrat das Ersuchen, die gegenwärtige Bemessung der laufenden Kriegsteuerungszulagen, die schon vor längerer Zeit bewilligt sind, einer Nachprüfung zu unterziehen und der Stadtverordnetenversammlung gegebenenfalls eine Vorlage zugehen zu lassen, die eine den steigenden Preisen der Lebensbedarfsmittel entsprechende Erhöhung — insbesondere für die niedrig bezahlten Klassen — zum Ziele hat.

Gleichfalls genehmigt wurde die Vorlage betreffend Errichtung einer Mobilitätsschule für Fürsorgeerinnen. Dieses neue Unternehmen soll am 1. April 1917 in Kraft treten, der Zuschuss für das erste Jahr wird sich voraussichtlich auf 4000 Mark bemessen.

Der Stadtbaurat für den Tiefbau Credit-Schneider, der bereits seit 24 Jahren diesen Posten bekleidet, wurde einstimmig auf weitere 12 Jahre wiedergewählt. In geheimer Sitzung wurde ihm der Titel eines Stadtschultheißen verliehen. — Die erste Sitzung im neuen Jahre ist am 10. Januar.

Charlottenburg. Die Protokollkommission für Militärlauber im Rathaus wird am 22. d. Mts. abends geschlossen. Vom 23. morgens

ab erhalten die Urlauber ihre Lebensmittelkarten ausschließlich auf den Bahnhöfen. Die auf anderen Wegen als mit der Bahn, also mit der Straßenbahn oder sonstwie in Charlottenburg eintreffenden Urlauber müssen sich behufs Entgegennahme der Lebensmittelkarten nach dem nächsten Bahnhof wenden.

Zegel. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung teilte der Bürgermeister mit, daß die Militärverwaltung an ihn herangetreten sei wegen Vereinfachung von Unterkunftsräumen für eine größere Abteilung von Mannschaften. Für einen Teil derselben müssen noch solche beschafft werden, da die leerstehenden Säle nicht ausreichen. Man habe an Schulklassen gedacht, was sich jedoch im Interesse des Unterrichts nicht empfehle. Die einzige Möglichkeit wäre die Ueberlassung einer Turnhalle und dafür stärkere Mithütung der anderen Turnräume. Die Gemeindevertretung entschied sich dahin, weiterhin mit der Militärbehörde zu verhandeln. Zum Januar bereits soll die Verlegung der Truppen nach Zegel erfolgen, und Bürgerquartiere hält die Militärbehörde für ungeeignet. Die Garnisonierung ist zunächst nur für die Dauer des Krieges beabsichtigt.

Neudöln. Im Laufe dieser Woche wird im Hause Panierstraße 13 eine zweite Fischhalle eröffnet werden.

Aus aller Welt.

Schwerer Raubmord.

Köln, 21. Dezember. Zwei gestern in Köln-Deutz ermordet aufgefundenen Personen sind als der Kaufmann Johann Haffer-Lamp und dessen zwölfjähriger Sohn aus Borkel erkannt worden. Sie waren von einem Unbekannten, der ein gutes Geschäft in Aussicht stellte, nach Köln gelockt worden. Haffer-Lamp streifte auf Veranlassung des Fremden 30 000 Mark ein. Beide Leichen waren ausgeraubt.

Die verlorene Wahlreform. Wie erst jetzt bekannt wird, ist im Juli 1914 im Landesauschuss von Salzburg eine nichtfunktionierende Wahlreform des Gemeindevahlrechts der Provinzialhauptstadt einfach verloren gegangen. Ein ehrlicher Finder des Schriftstücks hat sich nicht gemeldet. So etwas scheint mit Wahlreformen öfter zu passieren.

Straßburger Kriegsküchen. In Straßburg i. E. hat man zwölf Kriegsküchen eingerichtet, in denen man Mittagessen, bestehend aus Suppe, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch getrennt und nicht zusammengekocht, sowie Abendessen erhalten kann. Die Speisen können auch abgeholt werden. Das Mittagessen kostet 70 und das Abendessen 50 Pf. Wenn noch ein Nachtisch verabreicht, bzw. gewünscht wird, erhöht sich der Preis um 30 Pf. pro Portion. Kaffee oder Apfelwein kosten 12 Pf. Bier wird nicht ausgegeben. Die Küchen müssen sich selbst bedienen. — Daneben gibt es in Straßburg auch Küchen, in denen nur mittags, wie in Berlin, Eintopfgerichte, das heißt zusammengelochtes Essen verabreicht wird. Diese Küchen sind nicht so gut besucht wie die ersteren. In drei Wochentagen wird mittags Fleisch und an zwei Tagen abends Wurst gegeben und zwar gegen Wochenkarten. Der Besuch ist in allen Küchen sehr reg.

300 Mark Belohnung dem erlöschenden Finder oder dem der verhilft, verlorene 1000 M. Bündelgelder wiederzuerlangen. Weiden 101. Postgeprüft.

Tischler-Verein zu Berlin. E. a. G.

Sonabend, den 20. Januar 1917, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15

General-Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom IV. Quartal 1916. — Jahresbericht für 1916. — Wahl des Aufsichtsrats. — Antrag: Änderung der Satzung resp. Erhöhung der Krankenunterstützung. — Sonstige Anträge. — Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet 16175 Der Vorstand.

Soeben ist erschienen:

Gesetz betreffend den

Vaterländischen Hilfsdienst

mit einem Anhang: Die Bestimmungen über die Rüstungsindustrie in England und Frankreich.

Preis 40 Pf.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68 Lindenstr. 3

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel jetzt zu Weihnachten besonders billige Preise.
Pelzwaren-Fabrik
Leipziger Str. 58 (nahe Spittelmarkt), Kein Lad. 1. Treppe.
Sonntag 12-4 geöffnet.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebenen.
Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

ALASKA-Füchse
Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiner Werkstatt
Kölln, Fischmarkt 1 1/2. zwisch. Breitstraße u. Städt. Sparkasse (Boor). — NB. Pilsch-sachen, Kanin und Hasen führe ich nicht.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und Maß
noch ohne jede Preiserhöhung im Einzelverkauf nach ohne jede Preiserhöhung vom großen Fabrikager ab.
Verkaufszeit 10-8, Sonntag 12-4.
Holkenmarkt 7-8, IV. Fahrstuhl

Todes-Anzeigen
Statt besonderer Anzeige! Am Dienstag, 19. Dezember, nachm. 2 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser guter Freund, der Silberarbeiter
Wilhelm Schnee
im 77. Lebensjahre. 1650b Dies zeigt, mit der Bitte um alles Beifeld, Erbetrübt nur Ernst Lachmann nebst Frau und Tochter. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudöln aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmelzer
Eduard Mogge
Gerichtstr. 19, am 18. Dezember gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter
Wilhelm Schnee
Stallstraße 12, am 19. Dezember gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neudöln, Germaniastraße, aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet. 127/11 Die Ortsverwaltung.

Am 20. Dezember 1916 verstarb nach schwerem Leiden unser wertvoller Kollege, der Faktor 1622b
Hermann Maruschke, im 57. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen d. Buchdruckerei B. Roefer. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem neuen Thomas-Kirchhof, Germaniastraße, statt.

H. Esders & Dyckhoff
BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz
BERLIN C. Gertraudenstr. 8-9 Petriplatz
Noch preiswertes Angebot in fertigen
Winter-Ueberziehern
Herren- und Jünglings-Anzügen
Schlafrocken und Hausjoppen
Zu Weihnachts-Bescherungen einen Posten solider Kinder-Anzüge
Damen-Kleider und -Mäntel
Geschäftszeit: 8 1/2-7 1/2 Uhr, Sonntag 12-4 Uhr

Gift
Dr. Pfeiffersches
Kreist man am besten
Lombin SW. 68, Lindenstr. 3

Monatsgarderobenhaus
M. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Moritzplatz, offeriert in großer Auswahl Jacketts, Rockanzüge, Paletots, Ulster, teils auf Seide, von Kavaliereu kurze Zeit getragene (auch für torpente Figuren), zu billigen Preisen. Abholung u. gratis für Maß: Durch vorteilhaftem Verkauf eines erhaltbaren Vorkriegs-Jacketts offeriere ich elegant neue Jacketts, Rock, Smoking-Anzüge, Paletots, Ulster trotz großer Preissteigerung für nur 25-75 Mark.

Gegründet 1878

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko! Sonntags v. 12-4 Uhr geöffnet.

Singer
unübertroffen
Ueber die Vorteile verlangt man untere

Singer Läden überall

Central-Haus Jägerstr. 13
Conc. Leihhaus.

Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.
Täglicher Verkauf von Kavaliereu wenig getragener Jackett-Rock-, Frack-Anzüge, Paletots und Ulster, auffallend billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kleidern, Kostümen, Ulstern und Mänteln.
Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzerinen, Muffen, Alskatuchs, Skunks, Nerz, Seal, Harter u. a. Herren-Gehelpen. Extra-Angebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 20% extra